ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

IN VERBINDUNG MIT

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND **ROBERT MICHELS**

HERAUSGEGEBEN VON

EDGAR JAFFÉ

REDAKTIONS-SEKRETÄR: **EMIL LEDERER**

38. BAND

TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1914

BRUXELLES: C. MUQUARDT'S HOFBUCHHANDL. FALK FILS. — *BUDAPEST:* FERDINAND PFEIFFER. — *CHRISTIANIA:* H. ASCHEHOUG & CO. — *HAAG:* BELINFANTE FRÈRES. — *HELSINGFORS:* AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG. — *KOPENHAGEN:* ANDR. FERD. HÖST & SÖN. — *NEW-YORK:* G. E. STECHERT & CO. — *PARIS:* H. LE SOUDIER. — *ST. PETERSBURG:* K. L. RICKER. — *ROM:* LOESCHER & CO. — *STOCKHOLM:* AKTIEBOLAGET NORDISKA BOKHANDELN. — *WIEN:* MANZSCHE K. K. HOFVERLAGS- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG. — *ZÜRICH:* RASCHER & CIE.

Betrachtungen über die Grundlagen der politischen Parteibildung.

Von

WALTER SULZBACH.

Sind die Erscheinungen, die mit dem Leben und Treiben der politischen Parteien zusammenhängen, nur den Methoden der das Einmalige herausstellenden Geschichtsschreibung zugänglich oder können sie noch unter einem anderen Gesichtspunkt der Wissenschaft gewonnen werden? Und wenn das letztere der Fall sein sollte, müssen wir uns darauf beschränken, rein empirisch Analogien aufzuweisen, oder können wir eine Einsicht gewinnen auch in die Notwendigkeit politischer Parteiung überhaupt? Diese Fragen bilden den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Die Kämpfe der politischen Parteien spielen sich im Lärm und Licht des Tages ab und sind, was ihre eigenen Erscheinungsformen und was die überwiegende Veranlagung der beteiligten Personen anbelangt, der philosophischen Spekulation so entrückt, wie nur möglich. Und trotzdem liegt für ihre wissenschaftliche Erfassung der Schlüssel vor allem übrigen in einer erkenntnistheoretischen Einsicht, — mit deren Klarlegung wir zu beginnen haben.

Daß jemand eine Forderung erhebt, kann sich aus zwei verschiedenen Arten von Ursachen erklären. Es kann erstens sein, daß er in ihrer Erfüllung das Mittel zu einem bestimmten, gewünschten Zweck sieht, und daß mithin die Forderung ihren Grund im logischen Nachdenken hat. Und es kann zweitens sein, daß das gestellte Verlangen gar keinen logischen Wert besitzt, unbrauchbar ist als Mittel zum angegebenen Zweck und auf den Plan tritt als Endglied einer nur psychologisch bestimmten, dagegen logisch indifferenten Ursachenreihe, sei es, daß mangelnde Einsicht, sei es, daß persönliche Interessen oder böser Wille es erzeugt haben. Von sich selbst sagt jeder Mensch das beste aus, und wo Parteien einander gegenüberstehen, nimmt selbstverständlich jede für sich die logische Verursachung in Anspruch. Da sie sie aber für sich allein zu beanspruchen pflegt, bleibt danach ihr übrig, zu erklären, wie denn die Gegenpartei zu ihrer Meinung kommt. Und da ist es nun ein merkwürdiger Zug des mensch-

lichen Verstandes, daß er, vielleicht in unbewußter Anerkennung des Grundsatzes: Principia non sunt multiplicanda, dazu neigt, an dem logischen Wert einer Sache zu zweifeln, deren psychologische Antezedenzien er durchschaut. Die Beobachtung läßt sich täglich machen. Alle parlamentarischen Reden lassen sich geradezu nach diesem Schema disponieren, daß sie nachzuweisen suchen: 1. wie logisches Denken nur im Standpunkt des Sprechers einmünden kann; 2. wie logisches Denken nie auf den des Gegners verfallen würde, und 3. wie des Gegners persönliche oder soziale Verhältnisse oder auch wie ein geistiges oder moralisches Manko psychologisch das verstehen lassen, was logisch unerklärlich bleiben müßte. Desungeachtet, daß persönliches Interesse am Richtigen bestehen kann, und daß Idealismus und Unzweckmäßigkeit sich nicht ausschließen, sind wir im allgemeinen davon durchdrungen, daß logische Gesichtspunkte da nicht mitgesprochen haben können, wo die psychologische Verursachung durchschaubar ist. Und umgekehrt: Dem Märtyrertum liegt der Gedanke zugrunde, daß der Wert einer Sache umso unbestreitbarer dasteht, je mehr für ihre Jüngerschaft gelitten wird. Die Begriffe des befangenen Richters sowie der Bestechung können weitere Beispiele abgeben.

Es wird berichtet, daß zu John Adams während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges ein Mann kam, der bekannt war als Roßtäuscher und Betrüger, und sich bei ihm bedankte für seine großen, dem Vaterlande geleisteten Dienste. »Es gibt jetzt keine Gerichtshöfe mehr in dieser Provinz«, lautete seine Begründung, »und ich hoffe, es wird nie mehr einen geben« [1]). Mit den seelischen Prozessen dieses Individuums treffen sich tatsächlich an ihrem Endpunkt andere, die einen völlig verschiedenen Weg zurückgelegt haben. — Nehmen wir die Verlängerung der Legislaturperiode des englischen Unterhauses von 3 auf 7 Jahre seitens der Whigs zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Aehnliche Maßnahmen haben auch die Volksvertretungen anderer Länder erlebt, bald in diesem, bald im umgekehrten Sinne, und immer wurden, auch Bismarck gegenüber, als er die dreijährige Legislaturperiode des Reichstags in eine fünfjährige verwandelte, ungefähr die gleichen Argumente geltend gemacht für und wider lange Parlamente. Für sie spricht vor allem das Moment der Kontinuität in der Regierung, gegen sie das leichte Verlorengehen der Berührung zwischen Volk und Volksvertretung — beides Dinge, die sich hören lassen. Den Kontinuitätsgedanken stellten die Whigs in den Vordergrund, auf das demokratische Argument verlegten sich die Torys — aber mit dieser logischen Verursachung, die wohl die maßgebende hätte sein können, fiel tatsächlich damals die psychologische durchaus nicht zusammen. Die Whigs fürchteten den Ausfall der Wahlen von 1717 und nach dem zu erwartenden Sieg der Torys die Restauration der Stuartschen Dynastie, und den Torys war es, was sie aber öffentlich nicht bekennen durften, um diese

[1]) Lecky, Geschichte Engl. im 18. Jahrhd. Leipz. 1879/83, III 469.

Restaurierung wirklich zu tun. — Der deutsche Liberalismus vertritt bekanntlich, besonders auf seinem rechten Flügel, schon seit langem nicht mehr die doktrinären demokratischen Anschauungen der französischen Revolution, von denen sein gedanklicher Gehalt ursprünglich zum größten Teil herstammt. Diese Entwicklung nach rechts kann sowohl psychologisch aus dem Interessegesichtspunkt heraus wie logisch mit der wachsenden Einsicht der deutschen Liberalen in das Wesen des Staates erklärt werden. Auf die eine Art schreiben sozialdemokratische Autoren die Geschichte des Liberalismus; sie finden in der Angst der Bourgeoisie vor der Arbeiterschaft den Grund ihrer Abkehr vom extremen Demokratismus; dagegen läßt, die Entwicklung von der konservativen Seite beobachtend, Adalbert Wahl, »durch die Ereignisse und neue Erkenntnisse belehrt«, den Liberalismus sich von seinen radikalen Ideen befreien [2]) — auch ein charakteristisches Beispiel dafür, wie das logische Denken immer nur der eigenen Partei vindiziert wird. — Auf dem Berliner Soziologentag 1912 fand Oppenheimer die Unsinnigkeiten bestimmter Rassetheorien in den Interessen der Herrenkaste begründet, von der sie vertreten wurden. Sombart erwiderte mit einem Hinweis darauf, daß Ideologien sich auch bei Unterdrückten finden können. Worauf Oppenheimer bemerkte, daß die Gegenüberstellung stereotyper Ideologien der Ausbeutenden und der Ausgebeuteten sogar von ihm selbst stamme — aber er überging, daß er für die Ausgebeuteten außerdem die Logik vindizierte, um die doch allein ursprünglich der Streit ging.

Vom Standpunkt des Politikers aus gesehen also ist die Tatsache, daß es Parteien gibt, ein Zufall. Denn nur die eine, seine, Seite, glaubt er, denkt im luftleeren Raum gewissermaßen, und alle Gegner erfahren durch persönliche Besonderheiten, vor allen Dingen ihr Interesse, eine atmosphärische Ablenkung. Was aber mißtrauisch macht, ist, daß alle Parteien diese Ablenkung am Gegner nachweisen können. Der Konservative kann das Interesse auseinandersetzen, das liberale Kreise am Freihandel haben, desgleichen liegt klar zutag sein eigenes an der Kirche und einer starken Monarchie; und daß Verhetzung, Egoismus und allgemeine moralische Minderwertigkeit im Stammbaum der Sozialdemokratie figurieren, läßt sich ebenfalls an Einzelbeispielen mit Leichtigkeit illustrieren. Ist damit das Parteienproblem wirklich gelöst? Kann ein derartiger Standpunkt auf die Dauer befriedigen? Die Frage ist so nie gestellt worden. Ließe sich nicht denken, daß es im Wesen selbst des Prozesses, den wir politische Betätigung nennen, liegt, daß einerseits gewisse sachliche Voraussetzungen von problematischem Wahrheitswert und andererseits gewisse individualpsychologische Schwierigkeiten erst eine affirmative Form nach irgend einer Seite hin annehmen müssen, damit dieser Prozeß zustande kommen kann? Wenn solche Voraussetzungen und Schwierigkeiten sich nach-

[2]) Beiträge z. deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert. 1910, S. 13.

weisen lassen, dann ist in der Möglichkeit ihrer Auswertung durch entgegengesetzte Inhalte die Notwendigkeit gewisser Parteiungen auch bei gleichem Ziel und allerseits logisch eingestelltem Denken erwiesen. Den Ausgangspunkt, wenn sie gefunden werden sollen, hat die kritische Analyse des Begriffs der Politik abzugeben. Er ist in seine Elemente zu zerlegen. Das soll im folgenden versucht werden, und auf die Ergebnisse einer derartigen kritischen Analyse ist diese Arbeit eingestellt. Bezeichnen wir das damit begangene Gebiet als das der Parteitheorie, so können wir der Geschichte zuweisen das Studium der einmaligen Verursachung im Leben der historischen Parteien. Dabei soll weder der Geschichte noch der Theorie vorläufig zugeteilt werden die Frage nach einem etwa vorhandenen regelmäßigen Zusammenhang zwischen den Subjekten des Parteikampfs und seinen Objekten, denen, die wollen, und dem, was gewollt wird. Wohin sie gehört, wird uns am Schluß des Ganzen beschäftigen.

Indessen erscheint bisher eines unkritisch vorausgesetzt zu sein: daß es sich nämlich überhaupt im politischen Leben um Kämpfe von Bedeutung um die Mittel zum Ziel dreht und nicht vielmehr um Disparitäten in der Zielsetzung selbst. Sind nicht die erstrebten sozialen Endzustände selbst radikal verschieden bei Liberalen und Konservativen, Klerikalen und Sozialisten? Das sind sie zweifellos, so sehr, daß, wo eine soziologisch gerichtete Parteienlehre es darauf anlegt, Analogien in den Zielen der Parteien alle Zeiten und Länder nachzugehen, sie über ein bloßes Nebeneinander niemals herauskommen kann. Welchen Zweck ich mir setze, ist irrational. Es gibt keinen, der nicht schon verfolgt worden ist. In die Kategorie des Gewolltwerdens geht jede Sache ein. Aber eine ganz alltägliche Erscheinung zeigt, daß der politische Kampf daneben um die Mittel geht — und nur soweit ist überhaupt im folgenden von ihm die Rede. Diese Erschließung finde ich darin, daß argumentiert wird. Was ist ein Argument? Es ist ein Gedankengang, der mit dem Anspruch auftritt, dem kritischen, logischen Denken als Weg zu einem bestimmten, als solchem bezeichneten Ziele dienen zu können. Nun weist aber niemand einen Weg zu Ziel A, wenn er glaubt, daß der Belehrte zu einem anderen Ziel B will. Wo das Bewußtsein vorherrscht, daß die obersten — aber wirklich die obersten! — Ziele disparat sind, da wird nicht argumentiert. Die unumgängliche Voraussetzung für den Versuch, den Gegner zu überzeugen, ist das Gefühl, daß man irgendwie doch mit ihm auf gleichem Boden steht. Daß in den gegenwärtigen parlamentarischen Debatten meistens von vornherein die Gewißheit besteht, daß niemand die Absicht hat, sich überzeugen zu lassen, tut nichts zur Sache, solange jede Partei im besten Glauben der Gegenpartei allein hieran die Schuld gibt. Andererseits zeigen die sogenannten Reden aus dem Fenster heraus, daß es dasselbe Publikum ist, an dessen Urteil man allerseits sich wendet.

Das Problem der wiederkehrenden Parteiungen, wie es uns im folgenden beschäftigen soll, ist auch nicht identisch mit dem den

Kontinuität in irgendeinem speziellen Parteienkomplex. Indem wir uns bemühen, ein Schaukelsystem von sich ausbalancierenden Möglichkeiten aufzuweisen, wird damit nicht im mindesten gesagt, daß jederzeit beide Seiten der Schaukel belastet seien, noch auch, daß immer die gleichen Personen die gleiche Seite kippen lassen müssen. Immer dieselben Forderungen der Gegenpartei gegenüber haben auch Whigs und Tories, von denen man es am ehesten erwarten sollte, nicht vertreten. Der Besitz der Macht nach Jahren einflußlosen Opponierens, der Einfluß eines Führers, die Künste der Bestechung und viele andere können bewirken und haben bewirkt, daß Parteien ihre Rollen tauschen und mit Beibehaltung ihrer alten Namen die Stelle plötzlich einnehmen, auf der bisher der Gegner stand. Zur Zeit der Königin Anna und später Walpoles treten die Tories ein: für Freihandel; für 3 jährige und selbst einjährige Parlamente, ungeachtet ihrer Abneigungen gegen den Parlamentarismus unter Karl II; für die Rechte der Katholiken, die sie immer bekämpft haben; für die Dissenters; für das Recht des Parlaments, die Offiziere abzusetzen; und gegen den französischen Krieg. Auf dem Programm der Whigs finden sich: Schutzzölle; siebenjährige Legislaturperioden; Verbot weiterer königlicher Ernennungen zur Peerie; Weiterbesoldung des stehenden Heeres, das die Whigs seinerzeit den Stuarts unter keinen Umständen zu cedieren bereit waren; Ablehnung jeder staatlichen, kirchlichen oder munizipalen Reform; Krieg gegen Frankreich. Und etwa 100 Jahre später sehen wir wieder die Tories in der Herrschaft und auf ganz dem gleichen konservativen Standpunkt, den vorher die Whigs und noch früher sie selbst vertreten haben. »Ich habe mich oft und ernstlich bemüht, irgendeine zäh festgehaltene politische Idee aus den mannigfachen Schwankungen der Whigpartei herauszufinden, doch ich suchte vergeblich«, schreibt Treitschke [3]). Gerade so stark abhängig von der äußeren Stellung der Partei haben sich die Prinzipien der Föderalisten und der Antiföderalisten in den Vereinigten Staaten erwiesen. Jefferson und sein Anhang wollten anfänglich vor allem die Rechte der Einzelstaaten gegen die Zentralgewalt in Washington vertreten und traten deshalb hauptsächlich ein für die strenge Einhaltung der Bestimmungen der Verfassung. Im Jahre 1811 sah sich Jefferson als Präsident vor die Wahl gestellt, England Luisiana zu überlassen oder selbst Hand darauf zu legen, mit dieser Einverleibung eines neuen Territoriums aber dem Wortlaut der Verfassung entgegenzuhandeln. Da griff er doch zu und tötete, wie Marshall sagte, indem er sich ihrer Prinzipien bediente, die (Gegen-)Partei der Föderalisten. »Und so ist es«, fügt ein zeitgenossischer amerikanischer Autor hinzu, »die Erfahrung mit Parteien hat gezeigt, daß die, die in der Macht waren (»the ins«) in hohem Maße zu weitherziger Auslegung der Verfassung und der Stärkung der nationalen Regierungsgewalt sich geneigt haben, und daß es dagegen die Opposition (»the

[3]) Histor. u. Polit. Aufsätze. 4. A. Bd. 3. S. 461.

outs«) hinzog zu genauer Auslegung der Verfassung und Beschneidung dieser Regierungsgewalt« [4]). —

Wir wenden uns nun zunächst dem Begriff der politischen Partei zu und haben diejenigen Parteien von den übrigen abzuscheiden, die allein für die mit Notwendigkeit sich wiederholenden Kontroversen, die uns interessieren, als Beispiele dienen können. Nur durch den Umweg über diese begriffliche Erörterung vermögen wir unserem eigentlichen Thema freie Bahn zu schaffen.

Definieren wir Politik als die zielbewußte Beeinflussung des sozialen Lebens der Menschen durch das Medium der Gesetzgebung und Verwaltung, so haben wir es mit Parteien immer da zu tun, wo unter dieser Bedingung eine Gruppe von Menschen sich zusammenfindet mit dem Ziele, einen bestimmten sozialen Zustand herbeizuführen oder zu erhalten. Alle Definitionen der politischen Partei kommen darin ungefähr auf das gleiche heraus. Burke sieht in der Partei eine Gruppe von Menschen, die sich zusammentun, um ihre gemeinsamen Bemühungen auf Grund eines Prinzips, dem sie alle anhängen, in den Dienst des nationalen Interesses zu stellen [5]). Für Jellinek sind die »politischen Parteien ihrem Kern nach Gruppen, die durch gemeinsame, auf bestimmte staatliche Ziele gerichtete Ueberzeugungen geeinigt, diese Ziele zu verwirklichen trachten« [6]). Aehnlich Stillich: »Eine politische Partei ist eine Organisation von Menschen, die sich auf Grund einer bestimmten Welt-, Staats-, Gesellschafts-, Wirtschafts-, Rechts- und Kulturauffassung mit den Angelegenheiten der großen öffentlichen Zwangsverbände beschäftigt zu dem Zweck, in denselben Macht zu erlangen und ihre Grundsätze durchzusetzen« [7]). Und Hasbach: »Die Partei ist eine Vereinigung von Personen mit gleichen politischen Ueberzeugungen und Zielen, welche die Staatsgewalt zum Zweck der Verwirklichung ihrer Forderungen zu erobern sucht« [8]).

Zwei Theoretiker des Parteiwesens haben an den nationalen und religiösen Parteien sich gestoßen. Für Bluntschli sind die religiösen eine »unreine« Art der Parteien, weil sie unstaatliche Ziele verfolgen, und die nationalen »keinesfalls normal«, weil die Gefahr besteht, daß sie sich verselbständigen könnten [9]).

»Unechte«, nennt sie Jellinek, »weil jede echte Partei ein bestimmtes umfassendes Programm für die Gestaltung des Staates haben muß, was weder vom Standpunkt einer bestimmten Nationalität noch von dem einer bestimmten Religion aus möglich ist« [10]).

---

[4]) Woodburn, Political Parties and Party Problems in the United States. 1909. S. 21.

[5]) Vgl. Ostrogorski, La démocratie et l'organisation des parties politiques. Paris 1903. Bd. II, 612.

[6]) Allg. Staatslehre, S. 102.

[7]) Die politischen Parteien in Deutschland, Bd. 1, 1908. S. V.

[8]) Die moderne Demokratie, Jena 1912. S. 471.

[9]) Artikel »Parteien, politische«, in Bluntschlis Staatswörterbuch 1876, Bd. 3.

[10]) A. a. O. S. 103.

Machen wir uns Jellineks Unterscheidung von »echten« und »unechten« Parteien zu eigen, und versuchen wir die Parteien, die wir als unechte ansprechen wollen, auszusondern! Das ist nicht leicht, denn der Grundgedanke des Parlamentarismus, demzufolge jeder Abgeordnete ein Vertreter des gesamten Volkes ist, interessiert Parteien auch dann daran, als echte aufzutreten, wenn sie es tatsächlich nicht sind. Nun darf man aber eine Partei nicht nach ihrem Programm beurteilen, sondern nach ihrem ganzen Verhalten. »Partei« ist ein Korrelatbegriff, eine Partei allein ohne Gegenspieler ist ein Unding. Und da widerspricht es mindestens dem Sprachgefühl zu sagen, daß zwei sich streiten, also als Parteien sich ergänzen, wenn sie nicht verschiedene Antworten auf dieselbe, sondern verschiedene auf verschiedene Fragen geben. Wenn aber von zwei Personen die eine über das Wohl des deutschen Volkes sich ausläßt, und die andere ihr erwidert mit einem Programm für die Bewohner Elsaß-Lothringens, so reden beide offenbar aneinander vorbei. Eben hierin liegt der Grund dafür, daß die sogenannten nationalen Parteien wie die Polen im deutschen Reichstag, die Tschechen, Polen usw. in Oesterreich, die Iren in Großbritannien, nicht Parteien sind, die anderen korrespondieren. Denn dazu müssen sie über die richtigen Mittel zu einem, wenn auch noch so verschwommen vorgestellten gemeinsamen Ziele differieren, was offenbar ausgeschlossen ist, wenn ihre Sorge ganz verschiedenen Personenkreisen gilt. Jeder politischen Betätigung gegenüber erheben sich die Fragen: Was? und Für wen? Wer soll wie sein? Daß sie nicht die gleiche Antwort auf die Frage, für wen sie sich einsetzen, haben, macht, daß die nationalen Parteien nicht unter denselben psychologischen Voraussetzungen, wie »echte« Parteien, welchen Ausdruck wir im folgenden beibehalten wollen, einander gegenübertreten.

Wo einem Volksteil das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den anderen Bewohnern desselben Staatsgebietes fehlt, ist der Boden für nationale Parteien gegeben. »Es ließe sich ein Begriff von Nation wohl nur etwa so definieren: sie ist eine gefühlsmäßige Gemeinschaft, deren adäquater Ausdruck ein eigener Staat wäre, die also normalerweise die Tendenz hat, einen solchen aus sich hervorzutreiben« [11]). Es versteht sich, daß zu den gleichen Verselbständigungstendenzen eines Volksteiles anderen gegenüber ihn das Gefühl der Solidarität mit den Bewohnern eines fremden Staates führt.

Als klassisches Parteiensystem wird allgemein das englische anerkannt; wo man über seine Voraussetzung nachgedacht hat, hat man nun immer stillschweigend dies eine als selbstverständlich übergangen, daß es Whigs und Tories gleichermaßen um das gesamte Volk Großbritanniens zu tun war. Die englische Parteibildung »setzt voraus eine von allen Parteien anerkannte Verfassung, die unbestrittene Stellung einer regierenden Klasse, die innere Harmonie in dem Ausbau der Zwischenglieder der Kommunalverwaltung, sowie die Ver-

---

[11]) Max Weber, Verhandlungen d. 2. deutschen Soziologentages, S. 50.

flechtung der Staatsgewalt mit einem als nationale Kirche anerkannten Kirchensystem« (Gneist)[12]) — zu schweigen also von dem Gefühl der Zusammengehörigkeit überhaupt. In ähnlichem Sinne äußern sich Hallam[13]) und Balfour[14]). Nichts zeigt charakteristischer, daß in England immer das Empfinden, daß es dieselbe Sache ist, der sie beide sich widmen, die beiden großen Parteien beseelt hat, als der dem John Ham Hobhouse zugeschriebene und seither oft gebrauchte Ausspruch: »His Majestys' Opposition«. Mit Recht bemerkt Lowell, daß er eine Partei voraussetzt, die, obwohl nicht in der Macht, doch die Staatsgesetze rückhaltlos anerkennt, und eine andere, die nicht den Wunsch hat, die Opposition verschwinden zu sehen, weil sie weiß, daß in ihrem eigenen Schoße neue Parteien alsbald sich bilden würden[15]). Aehnlich liegt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo auch zwei große Parteien mit ihrer Geschichte in die des Landes von langer Hand verwebt sind, eine der Hauptursachen dafür, daß dritte Parteien sich auf die Dauer nicht zu halten vermögen, in der in der Wählerschaft weit verbreiteten Ueberzeugung, daß für das Wohl des Ganzen das Fortbestehen von nur zwei Parteien erforderlich sei, und daß der Patriotismus darum verlange, lieber seiner Partei, wenn auch nur widerwillig, zu folgen, als auf Kosten des Systems die Gründung einer dritten zu unterstützen[16]).

Dies also, daß es ihnen nicht um das ganze Staatsvolk zu tun ist, über dessen Geschicke sie zu entscheiden haben, sondern nur um einen Bruchteil, unterscheidet die »nationalen« Parteien in der Art der Polen im deutschen Reichstag von den »echten« Parteien, als deren Repräsentanten uns vorläufig gelten mögen die Liberalen und Konservativen. Die Dinge liegen natürlich verschieden, sobald wir die Parteien in den Einzellandtagen ins Auge fassen. Im elsaß-lothringischen Parlament werden die Abgeordneten und in ihnen ihre Wähler nach gar nichts anderem gefragt, wie danach, was im Elsaß geschehen soll, und die verschiedenen Antworten, die auf diese Frage einlaufen, zeigen selbstverständlich echte Parteien an.

Man spricht freilich auch von den »kriegführenden Parteien«. Aber daß der Begriff hier gerade die entgegengesetzte Bedeutung hat, wie die, in der er uns interessiert, ist schon daran zu erkennen, daß es die große Sorge aller Staatsmänner immer gewesen ist, den politischen Parteien das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erhalten und sie nicht in das Verhältnis kriegführender Völker treten zu lassen. Disraeli hat in einer oft zitierten Stelle in »Sybil« den Abgrund, der Besitzende und Proletariat im England des beginnenden 19. Jahrhunderts voneinander trennte, nicht schärfer kennzeichnen zu können geglaubt, als indem er von »zwei Nationen« sprach, die sich nicht mehr verstünden. Aehnlicher Ausdrücke für den gleichen

[12]) R. Gneist, Englische Verfassungsgeschichte, 1882, S. 699.
[13]) The Constitutional History of England, London 1829, Bd. 3. S. 269/70.
[14]) Zitiert bei Hasbach, a. a. O. S. 177.
[15]) The Government of England 1908, I. 437/38.
[16]) Woodburn a. a. O. S. 131/32.

Sachverhalt hat schon Plato sich bedient [17]). Und in der Tat zeigt das Losungswort der geheimen oligarchischen Klubs seiner Zeit: »Ich will dem Volke feindlich gesinnt sein und durch meinen Rat nach Kräften schaden« [18]), daß kein gemeinsames Interesse die Klassen der griechischen Welt miteinander verband. Auch Ludwig XVIII. von Frankreich hat gelegentlich von zwei Völkern gesprochen, die die Parteien im Staat zu ersetzen drohten. »Das System, das ich angenommen habe«, heißt es in einer Aeußerung von ihm 1818, »ruht auf dem Grundsatz, daß man nicht der König zweier Völker sein kann. Alle Bemühungen meiner Regierung sind darauf gerichtet, daß aus diesen beiden Völkern, welche unglücklicherweise noch Seite an Seite leben, ein einziges Volk sich bilden möge« [19]). Diese Aussprüche dürften hinreichend dartun, daß das psychologische Verhältnis, in dem normale politische Parteien zueinander stehen, ein ganz anderes ist, als das, das für zwei Völker gilt. Jene stellen als Träger des von ihnen erstrebten Zustands der Gesellschaft sich und die Gegenpartei und überhaupt das ganze Volk vor, die selbständigen Nationen und nationalen Parteien nur sich selbst. Der Unterschied ist ungefähr der gleiche wie der, der auf einem anderen Gebiete zwischen den psychologischen Voraussetzungen besteht von einerseits Neckerei und andererseits Satire — bei der Satire ist ein Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht mehr vorhanden.

Die nationalen Parteien legen durch das Gesamtvolk einen vertikalen, oft geographisch bestimmten, Schnitt und gewinnen dadurch den Bruchteil, um den allein es ihnen zu tun ist. Aus der in horizontaler Richtung durchteilten Nation sondern als Träger ihrer Zwecke eine Teilschicht ab die wirtschaftlichen Interesseverbände. Der Bund der Landwirte, der Hansabund, der Bund der Festbesoldeten usw. bezeichnen sich im allgemeinen zwar nicht als Parteien und sind es auch nicht nach der hier vertretenen Anschauung. Aber sie sind es gerade so weit wie die Polen oder die Dänen. — Anderer Meinung ist hier Lederer, der das Charakteristikum jeder Interessentenbewegung, das sie »scharf von den politischen Parteiströmungen« unterscheidet, in dem »Widerspiel« findet, daß bei den Organisationen »nach innen mit dem Egoismus, nach außen mit dem Altruismus argumentiert wird, daß das individuelle Interesse durch Hingabe an das allgemeine (Gruppeninteresse) gefördert wird, wohingegen wiederum das allgemeine Interesse die Wahrung eines speziellen Gruppeninteresses erfordert (das dem allgemeinen Interesse gegenüber ein Individualinteresse ist)« [20]) — dieses Widerspiel liegt, glaube ich, in der Ideologie der Parteien nicht minder vor. Die Parteien kennen den Wähler nur in seiner Eigenschaft als Staatsbürger, und

[17]) Pöhlmann, Gesch. der sozialen Frage und der Sozialismus in der antiken Welt. II. Aufl. 1912. I, 498.

[18]) A. a. O. S. 497.

[19]) Seignobos, Politische Gesch. des mod. Europa, Leipz. 1910, S. 103.

[20]) Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen; Zeitsch. für Politik V, 544.

sie wenden sich durchaus nicht an altruistische Instinkte, wenn sie ihm als Gegenleistung für seine Mitarbeit versprechen, für das Wohl der Gesamtheit, also auch für sein spezielles, zu sorgen. Andererseits haben auch Parteien schon geglaubt, daß dem Interesse der Gesamtheit durch rücksichtslose Selbsterhaltung am besten gedient sei. Als sich Wellington und Peel in Widerspruch mit der Mehrzahl ihrer Parteigenossen dadurch setzten, daß der eine die Katholikenemanzipation und der andere die Abschaffung der Korngesetze befürwortete, wurden sie aus aufrichtig patriotischen Gesichtspunkten heraus des Parteiverrats beschuldigt. Mir scheinen sich vielmehr Interessentenorganisationen und Parteien viel einfacher nach dem Gesichtspunkt zu scheiden, einen wie großen und welchen Teil des Gesamtvolkes sie im Verfolg ihrer Zwecke berücksichtigen. Allerdings muß man sich an ihre Geschichte halten und nicht an ihr Programm — was ja für die nationalen Parteien selbstverständlich auch gilt. Der Bund der Landwirte ist wirklich das, was sein Name sagt, auch wenn es in seinem Programm vom 18. Februar 1893 § 3 unter 3. heißt: »Die deutsche Landwirtschaft ist das erste und bedeutendste Gewerbe, die festeste Stütze des Reiches und der Einzelstaaten. Dieselbe zu stützen und zu kräftigen ist unsere erste und ernsteste Aufgabe, weil durch das Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft die Wohlfahrt aller anderen Berufszweige gesichert ist.« Ein »weil« dieser Art findet sich in den Aufrufen der Organisationen aller Interessenten, ohne daß sie deshalb zu echten Parteien würden.

Nicht ganz so leicht ist das Wesen einer anderen Art von Verbänden zu bestimmen, für die der Flottenverein, der Wehrverein, die Bünde zur Bekämpfung des Alkoholgenusses, der antiultramontane Reichsverband aus vielen anderen als Repräsentanten genannt werden mögen. Sie wenden sich an die ganze Nation, aber sie stellen sie nur in einer speziellen Funktion vor. Sie bekümmern sich bloß um eine Seite des gesellschaftlichen Lebens des Volkskörpers. Sie sind echte Parteien, was den Träger der erstrebten Ziele anbelangt, aber sie sind es nicht allen auftauchenden, sondern nur einem bestimmten Problem gegenüber, und dürften darum wohl als Teilparteien begrifflich am besten gekennzeichnet sein.

Wie steht es nun mit der Sozialdemokratie? Sie nimmt auf alle Fälle eine einzigartige Stellung ein. Soweit sie sich zu den Marxschen Lehren bekennen — also vor allem in Deutschland —, vertreten die sozialistischen Parteien in erster Linie die Interessen der Arbeiter. Um die der übrigen Klassen der Gesellschaft bekümmern sie sich gar nicht in der Gegenwart, aber — und darin unterscheiden sie sich von den anderen Interessentenorganisationen — sie erstreben einen künftigen Gesellschaftszustand, in dem alle übrigen Klassen in dem von ihnen repräsentierten Stand absorbiert sind, und treten hiermit, wenn man die entferntere Zukunft miteinrechnet, und im Ueberschlag der ganzen kommenden Geschichte, doch wieder für die ganze Menschheit auf den Plan. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist also eine Interessentenorganisation, soweit die nächsten Jahre noch

dem kapitalistischen Zeitalter angehören werden, und eine Organisation für die gesamte Menschheit, soweit es auf den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung ankommt, — mithin beidemal im Reichstag keine echte Partei. Vor allem aber ist sie das auch deshalb nicht, weil sie ihr Mittel zum Zweck im Klassenkampf sieht. Der Abgeordnete, der der Klassenkampfidee anhängt, hört aber damit selbstverständlich auf, ein Vertreter des gesamten Volkes zu sein. Also wäre die einzige logische Alternative: Klassenkampf oder Parlamentarismus, — statt daß man sich tatsächlich mit dem Gegner auf den gleichen Boden gestellt hat, bloß um ihm mitzuteilen, daß man nicht auf dem gleichen Boden mit ihm steht. Als die deutsche Sozialdemokratie noch in ihren Anfängen war, haben ihre Anhänger dieser Alternative auch viel offener ins Gesicht geblickt wie heute, wo die Prinzipien sowohl, wie erst recht die inzwischen eroberten Mandate, beibehalten werden sollen. Im Jahre 1869 führte Liebknecht gegen von Schweitzer aus: »Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln heißt sein Prinzip opfern«[21]), und verwarf konsequenterweise die Beteiligung an irgendwelchen Wahlen. Umgekehrt aber sind die sogenannten bürgerlichen Parteien ganz im Recht, wenn sie die Sozialdemokratie nicht als »gleichberechtigt« gelten lassen wollen, — aber nicht deshalb natürlich, weil nur ein moralisch oder geistig minderwertiges Individuum Sozialdemokrat sein kann, wie sie selbst meist argumentieren, sondern deshalb, weil die Sozialdemokratie auf einem anderen Kampfboden ihre Berechtigung hat als dem des Parlamentarismus.

Aber das allerstärkste Argument dafür, daß echte politische Parteiungen nur unter gewissen beiderseits anerkannten Voraussetzungen statthaben können, liegt darin, daß sobald eine politische Gruppe diese Voraussetzungen zugesteht, sie alsbald, ob sie will oder nicht, allmählich zur Partei wird. Diese Erkenntnis bildet den theoretischen Ausgangspunkt des französischen Syndikalismus. Will der revisionistische Flügel in der Sozialdemokratie das Prinzip des Klassenkampfes opfern und zur wirklichen Partei werden, so fordert umgekehrt der Syndikalismus die Beibehaltung des Prinzips und die Aenderung der bisherigen Praxis. »Während die Klasse, die die Individuen in derselben Lage und mit ähnlichen Interessen zusammenfaßt, das notwendige Produkt der historischen Entwicklung ist, ist die politische Partei ein Zusammen der heterogensten Bestandteile, die das künstliche Band einer übereinstimmenden Anschauung (opinion) verbindet: Menschen, die aus den verschiedensten sozialen Schichten stammen, stoßen sich dort mit den Ellbogen, tauschen ihr unklares und hohles Geschwätz aus und suchen durch trübe Kompromisse ihre entgegengesetzten Interessen zu vereinigen. Dieses mehr oder minder

[21]) Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie. Handbuch der Politik II, 56.

aufrichtige Zusammenarbeiten bringt die Gefahr mit sich, daß der unvermeidliche Klassenkampf vergessen wird und befleckt die leuchtende Klarheit dieses Richtung gebenden Gedankens«, lautet eine Aeußerung aus dem Lager des theoretischen Syndikalismus, der viele ähnliche an die Seite gestellt werden könnten [22]). Eine Partei, die der Regierung opponiert, muß auch bereit sein, die Regierung selbst zu übernehmen. Es zeigt sich aber, daß die Radikalen, sobald sie in die Lage dazu kommen, ihre einstigen großen Reformvorsätze noch stets vergessen haben. »Le révolutionnaire ministre n'est pas un ministre révolutionnaire« [23]). Darum entweder — oder! Partei oder Klassenkampf, aber nicht die contradictio in adiecto einer Partei des Klassenkampfs. So ist es ein großes Verdienst des Syndikalismus, daß er sein Teil dazu beigetragen hat, den Begriff der politischen Partei von dem der kämpfenden Partei scharf zu unterscheiden.

Wenn es sich also im folgenden für uns immer nur um Parteiungen handelt, die innerhalb einer Mehrzahl von Personen stattfinden, die für dieselbe Gruppe zu sorgen bemüht sind, so fallen naturgemäß in das Gebiet der Untersuchung sachliche Differenzen innerhalb der politischen Parteien selbst. Revisionismus und Orthodoxie in der Sozialdemokratie sind komplementäre Erscheinungen, auch wenn die Sozialdemokratie als ganze einen anderen Zweckträger hat, wie der Konservativismus. Ebensowenig korrespondiert diesem als politische Partei der Anarchismus, wo er mit Gewalt vorgeht, aber eine echte Parteiung ist die zwischen den Anhängern der Propaganda der Tat und ihren Gesinnungsgenossen, die auf friedlichem Wege das gleiche Ziel verfolgen. Denn das Gefühl der Zusammengehörigkeit selbst ist irrational. Ob ich mich solidarisch fühlen will in erster Linie mit meiner Berufsgruppe, mit meinem Staat, mit meinen Glaubensgenossen oder auch nur mit meiner Familie, ist ein ursprünglicher Entschluß und entzieht sich jeder Diskussion. Beweisbar ist noch allenfalls, daß ich der deutschen Nation am meisten nütze, wenn ich, etwa nur für meine Familie sorge — aber auf die Frage, warum es mir denn gerade um die Nation zu tun sein soll und nicht um eine größere oder kleinere soziale Gruppe, gibt es keine Antwort. Bekanntlich neigen rationalistisch gerichtete Menschen und Zeitalter am meisten zum Internationalismus. Das erklärt sich daraus, daß jedes Individuum eine ziemliche Anzahl von Eigenschaften und Neigungen hat, die nur ihm allein eignen und diese von seiner Persönlichkeit abziehen muß, um das übrig zu behalten, was es mit den Menschen gleicher Nation gemeinsam hat. Was von diesen Merkmalen aber noch abgezogen werden muß, um den Begriff Mensch im allgemeinen zu erhalten, ist viel weniger beträchtlich, und mit dem bloßen Verstand ist deshalb durchaus nicht einzusehen, warum sich zwischen Individuum und Menschheit an einer logisch nichts weniger als markanten Stelle noch

[22]) F. Challaye, Syndicalisme révolutionnaire et Syndicalisme réformiste. Paris 1909, S. 13.

[23]) A. a. O. S. 15.

ein drittes Glied: Nation schiebt, das für sich ganz allein alles Streben beansprucht. Daß eine Tat um so sittlicher ist, je größer der Kreis derer ist, dem sie gilt, wird auf einmal falsch, wenn die Nation erreicht ist. — Das 18. Jahrhundert, das rationalistischste der bisherigen abendländischen Geschichte, kannte nur den Menschen an sich und wollte von Nationen nichts wissen. Durch das Medium des Begriffes »Menschheitsnation« hindurch (die Menschheit das Ziel, die Nation das Mittel) hat sich dann in Deutschland das allgemeine Bewußtsein von diesem Standpunkt emanzipiert. — Also für wen ich mich einsetze, ist irrational, wenn auch am verhältnismäßig wenigsten, sobald ich mich für entweder Individuum oder Menschheit entscheide. Aber wenn ich mich für eine bestimmte Gruppe erst entschieden habe und ihre Zwecke zu den meinen mache, dann treten die echten und der Logik zugängigen Parteiungen ein mit den sich alsbald einstellenden Schwierigkeiten der Wahl zwischen den Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Zukunft, mögen Teilinteressen und fehlende Schärfe des Urteils den Schwankenden nun nach einer Seite schließlich sich neigen lassen oder nicht. —

Aber noch nicht alle unechten Parteien sind ausgeschieden worden. Wir sahen, daß zu ihnen Bluntschli und Jellinek auch die religiös gebundenen zählen. Und in der Tat stellen auch diese sich auf einen Boden, der jede Diskussion der als Mittel zu einem gemeinsamen Zweck zu ergreifenden Maßnahmen verbietet. Denn die Ziele, die die echten Parteien sich setzen, sind ihnen keine letzten, sondern dienen ihnen lediglich als Durchgangspunkte zu transzendenten Zwecken. Auch da wird aneinander vorbeigesprochen, wo die eine Seite die Wirkungen bestimmter Beeinflussungen des sozialen Lebens auf den empirischen Menschen erörtert wissen will, und der anderen Seite schon die Betrachtung des empirischen Menschen außerhalb jeder überempirischen Beziehung ein Standpunkt ist, auf den sie sich nicht einläßt. Religiöse Parteien treten oft nur in Mischformen mit echten politischen Parteien auf und selten so rein, wie im Ultramontanismus. Dann sind sie religiös genau so weit, wie sie das, was in der empirischen Welt mit Menschen überhaupt geschehen kann, als relativ irrelevant betrachten, verglichen mit einer wie immer gearteten transzendenten Bestimmung der Menschheit. Die Grenze der politischen Partei gegen die religiöse ist noch schwerer zu ziehen, wie die gegen die nationale Partei oder die Interessentenorganisation. Beispielsweise ist eine Partei als politische anzusprechen, wo sie eine Aenderung der Kirchengesetzgebung ablehnt. aus dem Gesichtspunkt der Toleranz heraus oder im Verfolg des Erfahrungsgrundsatzes: quieta ne movere; aber schon als religiöse, sobald sie umgekehrt den Toleranzgedanken aus der Bibel deduziert.

Oft begegnen uns auch die obersten Weltanschauungsprinzipien der Parteien in der Form von metaphysischen Systemen. Dann haben wir es aus dem gleichen Grunde wie bei den religiösen nicht mit echten politischen Parteien zu tun. Dieser Fall liegt da z. B. vor, wo nach dem Grundsatz des fiat justitia, pereat mundus die Welt regiert wer-

den soll. Desgleichen da, wo die Prinzipien der Tradition oder der bestehenden Verfassung als Selbstzweck eingeführt werden, oder wo das Prinzip des historischen Rechts mit dem Anspruch auftritt, eine letzte Wahrheit zu sein. Echte Parteiungen können stattfinden über die Vorzüge und Nachteile des Zwangs zur deutschen Sprache in den polnischen Provinzen. Aber sobald von den Parteien die eine sich beruft auf ein angebliches Naturrecht jedes Menschen auf seine eigene Muttersprache, betritt sie den schwankenden Boden der Metaphysik und hört, solange sie ihn nicht verlassen hat, auf, ein rein politisches Ziel zu verfolgen. Nie hat die Metaphysik im politischen Leben so geblüht, wie vor und während der französischen Revolution; heute treten metaphysische Gesichtspunkte, besonders naturrechtlicher Art, hie und da in den Niederungen der Agitation noch auf, vor allem im Lager der Linken. Sehr viel Einfluß haben sie nicht mehr.

Innerhalb der christlichen Gemeinschaft standen Katholizismus und Protestantismus ehemals im Verhältnis komplementärer Parteien, damals nämlich, als noch nicht alle Brücken zu ihrer Wiedervereinigung abgebrochen waren und beide Teile auf den Reichstagen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts den Versuch machten, im Religionsgespräche die andere Seite von dem allein wahrhaft christlichen Charakter des eigenen Standpunktes zu überzeugen. Dann kam das endgültige Schisma, und seitdem sprechen wir wohl von Parteien im Schoße jeder einzelnen der Konfessionen, aber nicht mehr von solchen innerhalb einer gesamtchristlichen Kirche. —

Greifen wir nun nochmals zu einer der angeführten Definitionen der politischen Partei zurück, z. B. der von Hasbach. »Die Partei ist eine Vereinigung von Personen mit gleichen politischen Ueberzeugungen und Zielen, welche die Staatsgewalt zum Zweck der Verwirklichung ihrer Forderungen zu erobern sucht« — so werden wir jetzt hinzufügen können: Parteien sind einander koordiniert, sie ergänzen einander, wenn sie auf dem gleichen Boden dadurch stehen, daß sie dieselbe Gruppe zum Träger ihrer Zwecke haben, und sie sind politische Parteien gerade so weit, als sie an Hand ihrer Wirkungen auf die empirische Menschheit den Wert ihrer Forderungen beurteilen. —

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann treten, einer Lehre zufolge, die in der angelsächsischen Literatur sich weit verbreitet findet, alsbald zwei Anschauungen über den Zweck des Staates und das Wesen der Gesellschaft naturgemäß einander gegenüber. Hören wir Macaulay: »Den Gegensatz«, heißt es in seiner History of England [24]), wie er zum erstenmal auf die Whigs und Tories zu sprechen kommt, »der damals (im Jahre 1641) zum ersten Male deutlich zutage trat, hat es in einem Sinne immer gegeben und muß es immer geben. Denn er hat seinen Ursprung in Unterschieden des Temperaments, des Verstandes und des Interesses, die sich in jeder

---

[24]) Band 1, Kap. 1.

Gesellschaft finden, und die sich immer finden werden, solange der menschliche Geist nach entgegengesetzten Richtungen gezogen wird durch den Reiz der Gewohnheit und durch den Reiz der Neuheit. Nicht nur in der Politik, auch in der Literatur, der Kunst, der Wissenschaft, in der Chirurgie und der Mechanik, in Schiffahrt und Ackerbau, ja selbst in der Mathematik finden wir diesen Unterschied. Ueberall gibt es eine Klasse von Menschen, die sich mit Vorliebe an das klammern, was althergebracht ist, und die mit einer Neuerung, auch wenn überragende Gründe für ihre günstigen Folgen sprechen, nur unter vielen Besorgnissen und schlechten Ahnungen sich einverstanden erklären. Wir finden auch überall eine andere Klasse von Menschen, die hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, stark sind im Denken und stetig vorwärts drängen, die schnell die Unvollkommenheiten des Bestehenden einsehen, über die Gefahren und Beschwerden, die mit Verbesserungen verbunden sind, gern leicht denken und dazu neigen, in jeder Veränderung eine Verbesserung zu wittern. In den Empfindungen beider dieser Klassen liegt etwas Richtiges. Aber von beiden wird man die besten Exemplare nicht weit von der gemeinsamen Grenze finden. Der äußerste Flügel der einen Klasse besteht aus frömmelnden Schwachköpfen; der äußerste der anderen aus seichten und rücksichtslosen Quacksalbern .... Einige Jahre hindurch wurden sie als Kavaliere und Rundköpfe bezeichnet. Dann wurden sie Tories und Whigs genannt; und es hat nicht den Anschein, als ob diese Benennungen so bald veralten werden. .... Obwohl beide Parteien oft schwer geirrt haben, hätte England keine von ihnen entbehren können. Wenn in seinen Einrichtungen Freiheit und Ordnung, die Vorteile, die die Neuerung und die, welche die Vorschrift erzeugt, bis zu einem Grade vereinigt wurden, den man anderswo nicht kennt, so dürfen wir diese glückliche Eigentümlichkeit den eifrigen Kämpfen und abwechselnden Siegen von zwei Bünden von Staatsmännern zuschreiben, von denen der eine sich einsetzte für Autorität und Herkommen und der andere für Freiheit und Fortschritt.«

Schon vor Macaulay findet sich dieselbe Erklärung des Parteiengegensatzes bei H a l l a m: »Das Prinzip der einen Partei hieß, kurz gesagt, Verbesserung, das der anderen Erhaltung. ... Sie (die Parteien) zeigen eine gewisse Analogie mit den zwei Kräften, die die Planeten in ihren Bahnen halten; ein Uebermaß von der einen Kraft würde sie in das Chaos zerstreuen, ein Uebermaß von der anderen sie in ein Zentrum ziehen« [25]). Ferner Lecky: »Die Unterschiede zwischen Zufriedenheit und Begehrung, zwischen Behutsamkeit und Zuversicht, zwischen einer Phantasie, die einen Nimbus der Verehrung um das Vergangene breitet, und einer solchen, die sich glänzende Bilder der Verbesserung für die Zukunft schafft, zwischen einem Geist, der die Vorteile bestehender Institutionen und die möglichen Gefahren der Veränderung deutlich erkennt, und einem Geist,

[25]) A. a. O. III, 270/72.

der die Mängel dieser Institutionen und die ungeheure Erweiterung, deren Menschenwohlfahrt fähig ist, schärfer durchschaut, — diese Unterschiede bilden in allen zahlreichen Menschenklassen entgegengesetzte Strebungen, die dann ihren Ausdruck in Parteien finden« [26]). Zu einer ähnlichen Theorie führt ferner das Studium der Parteiverhältnisse in den Vereinigten Staaten, den Amerikaner S. D. Feß [27]).

In dieser Lehre sind zwei selbständige Behauptungen enthalten, die nicht notwendig zusammengehören. Die eine bezieht sich auf den Gegensatz der Prinzipien der konservativen und fortschrittlichen Parteien, die andere auf den Unterschied der persönlichen Temperamente, die den einen für diese, den anderen für jene Seite sich entscheiden lassen. Beide sollen an dieser Stelle noch nicht geprüft werden. Nur dies eine sei bemerkt, daß die Gegenüberstellung von zwei Parteien, von denen die eine im Erhalten, die andere im Verändern des Bestehenden den Weg zur Werterhaltung oder Werterhöhung im Leben der Gesellschaft findet, einen sicher richtigen Kern enthält; nur schmiegt sie sich mit Begriffen wie solchen eines Reizes der Gewohnheit und eines anderen der Neuheit dem seelischen Vorgang des Wählens zwischen politischen Möglichkeiten nicht so eng an, wie das geschehen kann. Auf diesen Punkt wird unten zurückzukommen sein.

Hier lassen wir ihn auf sich beruhen und wenden uns zunächst einer zweiten älteren Parteienlehre zu, die an die gleichen geschichtlichen Tatsachen anknüpft wie die Macaulaysche, den konservativen Tendenzen aber nicht verändernde, sondern liberale diesmal koordiniert. Sie sieht denselben Gegensatz, der uns schon beschäftigt hat, also unter einem anderen Gesichtspunkt; und in der Tat ist damit, daß von den großen politischen Parteien Europas, seitdem sie auf der Bildfläche erschienen sind, die eine immer mehr am Bestehenden hing als die andere, noch nicht gesagt, daß aus der speziellen historischen Beschaffenheit des Gesellschaftszustandes, um den der Kampf ging und geht, nicht noch ein anderes, mehr inhaltliches Kennzeichen ihres Gegensatzes sich ergeben könnte. Ausgehend von dieser Einsicht, daß, wenn die Bestrebungen der konservativen Parteien den einen Generalnenner der Vorliebe für das Bestehende zeigen, ein weiterer trotzdem vorhanden sein könnte, hat Adolf Merkel dieses inhaltliche Kennzeichen gesucht und gefunden in seinen hinterlassenen »Fragmenten zur Sozialwissenschaft«, dem wertvollsten Beitrag zur theoretischen Parteienlehre, den wir besitzen. Auf die Versuche Rohmers [28]) und Stahls [29]), die beide trotz vieler geistvoller Bemerkungen im großen und ganzen doch völlig unzulänglich sind, soll hier nicht eingegangen werden. Merkel findet den Sinn

---

[26]) A. a. O. II 507.

[27]) The History of Political Theory and Party Organisation in the United States. New York 1908; S. 241.

[28]) Die 4 Parteien. Zürich 1844.

[29]) Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. Berlin 1863.

des Gegensatzes von konservativen und liberalen Bestrebungen in der notwendigen Antinomie von synthetischen und analytischen Kräften im politischen Leben eines Volkes. »Den Kräften, welche auf die Wahrung oder Herstellung einer möglichst vollkommenen Einheit desselben, einerseits in dem Nebeneinander des gegenwärtigen Lebens, andererseits in dem Nacheinander der Generationen und Zustände und auf die Macht und die Autorität seiner zentralen Organe gerichtet sind, sehen wir überall entgegenwirken den Selbständigkeitstrieb der Individuen, der Korporationen, der mannigfachsten gesellschaftlichen Interessen und Faktoren, sowie jeder jungen Generation, welche, unbekümmert um den Zusammenhalt der Zeitalter und die Einheit des in der Aufeinanderfolge der Geschlechter fortexistierenden Volkes, das Leben von vorn beginnen und nach eigenem Belieben gestalten möchte.« »Die Konservativen sind ihren wesentlichen Tendenzen nach als die Partei der Einheit zu betrachten, indem sie in der Hauptsache, gleichviel durch welche besonderen Interessen getrieben, als ein Organ von Bestrebungen erscheinen, welche dem synthetischen Zuge des menschlichen Geistes auf politischem, kirchlichem und sozialem Gebiete Befriedigung verheißen konnten. Sie haben sich in den verschiedenen Sphären des Volkslebens jeder Auflösung vorhandener Verbände und jedem Bruch mit der Vergangenheit entgegengesetzt und sind überall für die einheitlichste Staatsform (Monarchie im Gegensatz zur Republik, monarchisches Prinzip im Gegensatz zum parlamentarischen usw.) und für diejenige Begründung obrigkeitlicher Rechte eingetreten (theokratische, legitimistische Staatsauffassung usw.), welche für deren Kraft, Umfang und Unverletzlichkeit sich am günstigsten erweisen mochte usf. Die Liberalen erschienen ihnen gegenüber im wesentlichen als die Vertreter des Selbständigkeitsstrebens der Individuen, der gesellschaftlichen Kräfte, der Elemente des geistigen Lebens usw. und, im Zusammenhange damit, der Differenzierung der überkommenen Organisation des gesellschaftlichen Lebens auf allen diesen Gebieten [30]). Aehnlich hat vor Merkel schon Treitschke sich geäußert. Wenn auf manchen Gebieten, z. B. dem der Schule, gerade die Liberalen den Zwang fordern, so sind dies Ausnahmen, wie unser Autor mit Recht eingehend auseinandersetzt, wobei noch darauf hinzuweisen ist, daß man bei allem, was zusammenhängt mit den Fragen der Selbstverwaltung, den Merkelschen Gegensatz nicht finden wird. Denn die Selbstverwaltung der Gemeinden usw. kann man befürworten sowohl aus dem Bestreben heraus, der Zentralinstanz nicht alle Macht zu überlassen, als auch im Verfolg der konservativen Lehre vom Staate als Organismus, der nur dann gedeiht, wenn alle seine Glieder ein eigenes Leben entwickeln. Deshalb haben in diesem Punkt die liberalen Parteien schon gelegentlich die Rechte des Individuums gegen, wie sie es nannten, die Rückkehr in feudale Zustände verteidigt, indem sie sich dem Recht der Selbstverwaltung wider-

[30]) A. a. O. S. 122, 123.

setzten. So beispielsweise die französischen Liberalen zur Zeit der Restauration. Es ist ferner daran zu erinnern, daß der Gegensatz der Parteien in den Vereinigten Staaten zwar ganz vom Für und Wider die Zentralgewalt in Washington beherrscht wird, daß aber, wie wir schon oben in einem anderen Zusammenhange anführten, die Opposition als solche, mag sie nun von den Republikanern oder von den Demokraten repräsentiert werden, dazu neigt, der Regierung die Macht zu beschneiden, während gleichzeitig die herrschende Partei darauf bedacht ist, sie sich nicht schmälern zu lassen. Aber der Widerstreit des synthetischen und analytischen Prinzips läßt sich trotzdem oder vielmehr gerade deshalb in den Vereinigten Staaten besonders schön beobachten — wie er denn überhaupt kein zufälliger ist, sondern in der menschlichen Natur selbst sich tief begründet zeigt.

Machen wir uns zu diesem Zweck nur folgendes klar: Was Comte vom Individuum gemeint hat, daß es nur ein zoologischer Begriff sei, findet in der unmittelbaren psychologischen Erfahrung keine Bestätigung. Das allereinzigste in der Welt, was intuitiv als Selbstzweck empfunden werden kann, und der Frage, ob unter sonst gleichen Umständen das Gegenteil nicht vorzuziehen sei, Hohn spricht, ist das Gefühl der Lust. Lust und Unlust sind nur am Individuum erfahrbar, und darum ist die Behauptung uralt und kehrt immer wieder, daß es ganz gleichgültig ist, in welchen Formen das Leben der Gesamtheit sich abspielt, wenn nicht die Berechtigung einer Höher- und Minderbewertung dieser Formen an ihrer Wirkung auf den Einzelmenschen sich ablesen läßt. An die Seite oder an die Stelle des eudämonistischen Individualismus kann der idealistische treten, der den Wert der historischen Epochen in ihren höchsten Exemplaren sucht oder irgendeine andere moralische Forderung an den Einzelnen um seiner selbst willen richtet. Wir müßten die ganze Geschichte der Ethik durchwandern, wollten wir uns alle Variationen zum Bewußtsein bringen, in denen der Gedanke schon aufgetreten ist, daß die Gemeinschaft nicht als solche ihre Bewertung finden darf, sondern nur soweit sie die notwendige Unterlage für die Zwecke des Einzelnen darstellt.

Auf der anderen Seite aber sind das Glück sowohl wie die moralische Beschaffenheit der Individuen mit den Schicksalen der sozialen Gruppe eng verknüpft. Es wird zwar nicht immer das größte Unglück eines Staates auch das größte Unglück eines jeden Einzelnen sein, aber sicher können unendlich viele individuelle Kräfte doch nur dann frei werden und sich nur dann entwickeln, wenn auch die Gesamtheit gedeiht. So wird schon das oft zitierte, »wohlverstandene Interesse« das Zurücksetzen der eigenen Bedürfnisse zugunsten derer der Gruppe vielfach verlangen; nicht nur in der Geschichte der französischen Revolution oder der der russischen Terroristen, die besonders charakteristisch dafür sind, sondern auch sonst oft ist der Moment ganz genau erkennbar, wo es nicht mehr anders geht, als daß ein Ausschuß von einigen wenigen für alle sorgt. Auch ist der wirkliche

Mensch nicht das, wozu ihn die Abstraktion so oft hat machen wollen, das Wesen, das nur darauf bedacht ist, sein eigenes Glück zu suchen und Unglück zu vermeiden. Der höchste Altruismus gehört genau so gut der täglichen Erfahrung an, wie die krasseste Selbstsucht, und unzählige Naturen haben zweifellos in dem rückhaltlosen Aufgehen in den Interessen anderer und der Gesamtheit den höchsten Zweck ihres Daseins gefunden. Hinzu tritt der ästhetische Wert der Massenhaftigkeit, der tiefe Eindruck, den auf jeden von uns die Vorstellung von ungezählten Tausenden macht, die auf ein einziges Ziel sich eingestellt haben, die Rolle ferner, die, es sei hier an Sorels Ausführungen erinnert, das Bild des Krieges spielt bei der Vorstellung von sich bekämpfenden Gruppen. Kurzum der Gedanke, daß es doch auf das Ganze allein ankomme in allem historischen Geschehen, mag das Schicksal jedes einzelnen sein, welches auch immer, hat in der menschlichen Natur und in den Verhältnissen unseres Zusammenlebens nicht minder tiefe und unausreißbare Wurzeln wie der ihm korrespondierende des Individualismus.

Indessen erhebt sich hier doch die Frage, ob der Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus nicht mehr seinen Grund hat in einer für beide Seiten verschiedenen Z w e c k setzung als wie in einer Kontroverse über das beste zu wählende Mittel. Denn um welches gemeinsame Ziel sollte es sich handeln? Nun sind es freilich zum großen Teil die Ideale selbst der beiden in Rede stehenden Parteien, die differieren, und soweit es sich um sie handelt, fällt der ganze Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus außerhalb des Rahmens unserer Betrachtung. Aber daneben stehen beide Teile, und darauf kommt es hier an, doch fortwährend auf dem gleichen Boden und empfehlen dem Gegner das eigene Prinzip als gerade seinen Zwecken am meisten förderlich. So versäumt kein Liberaler, auf die Kräfte hinzuweisen, die gerade dem Staate dadurch gewonnen werden, daß man alle einzelnen an ihm interessiert, und umgekehrt spielt eine große Rolle im Vorstellungskreis des Konservativen das im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen so viel sicherere und stillere Glück des patriarchalisch bevormundeten Menschen der vorkapitalistischen Zeitalter.

In den Gegensatz des synthetischen und des analytischen Prinzips ordnet sich auch die überwiegende Betonung der auswärtigen Politik seitens der Konservativen und der inneren seitens der Liberalen und Demokraten ein. Ihr Widerstreit greift aber über das Bereich der Parteigeschichte weit hinaus. Es ließe sich die ganze Geschichte der Kultur schreiben mit ihm als Drehpunkt. Sie hätte auszugehen von einer Zeit, in der der einzelne in unserem heutigen Sinne noch gar nicht existierte und die Gruppe allein wollte und dachte. Erst im Kampf vom Individuum und Gemeinschaft entwickelt sich aus diesen rohen Zuständen heraus das, was höhere Kultur heißt; und wenn es schon in diesen lang vergangenen Zeiten vor allem die R e l i g i o n war, die als Symbol für die Gemeinschaft diente und immer wieder als der Felsen dastand, an dem der Individualismus sich

brach und vor dem er zurückbebte, so ist es gewiß nicht als ein Wunder anzusprechen, wenn auch in unseren Tagen die zentralistischen Tendenzen in der Gesellschaft zu den religiösen Ideenkreisen die näheren Beziehungen haben. Nicht nur in Deutschland. Die Gedanken des Gottesgnadentums und der Unerlaubtheit des Widerstands charakterisierten das Tory-Prinzip unter Karl II. im Unterschied zu den der damaligen Zeit fast atheistisch anmutenden Ideen des Whiggismus. Mit religiösen Vorstellungen hängt ferner noch ein anderes Moment zusammen, das, wie wir später sehen werden, charakteristisch ist für die konservativen Parteien: nämlich ihre pessimistische Beurteilung des Menschen. Und sie führt von allein schon zur Forderung des Zwangs und dem Ruf nach Autorität, — womit der Kreis sich schließt. Zu der jeweils zentralistisch gerichteten Partei fühlt »der in Amerika einst mächtige Geist des Puritanismus die stärkere Hinneigung, denn überzeugt, wie er ist von der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur, liegt es ihm nahe, durch Gesetze und durch Gewalt den natürlichen Menschen zu lenken und zu überwachen« [31]). Hat der Konservativismus, in dem Sinne, in dem er uns hier angeht, die Religion zur Bundesgenossin, so der Individualismus die Macht des unpersönlichen und selbsterworbenen Reichtums und die Kraft des Verstandes. »Die Gesellschaft kann nur bestehen unter der Voraussetzung der Integration, welche nur erhalten werden kann durch die Religion. Das Individuum kann seine Persönlichkeit entfalten nur nach Entstehung des Rationalismus, welcher seinerseits hauptsächlich gefördert wird durch den Reichtum«, schreibt Chatterton-Hill in seinen wertvollen Untersuchungen über »Individuum und Staat« [32]), die zu Merkels Theorien eine ausgezeichnete Ergänzung bilden. Dezentralismus und Rationalismus weisen ihrerseits also auch eine gedankliche Verwandtschaft auf, die sie immer wieder sich zusammenfinden läßt. »Das aufbauende (»construktive«) Element in der (amerikanischen) Bundesverfassung erklärte für den Zweck der Regierung die Sorge für Gerechtigkeit, Ruhe im Lande, gemeinsame Verteidigung und allgemeine Wohlfahrt. Das dezentralisierende Element erklärte für den Zweck der Regierung die Sicherung von Leben, Freiheit und der Gelegenheit, das Glück zu suchen« [33]). Dort wie anderswo.

Mögen also, als die menschliche Gesellschaft noch in ihren Anfängen stand, die analytischen Kräfte immerhin in ihr noch ganz latent gewesen sein und mag die Entwicklung nun gerade dahin gehen, daß das Individuum einmal später allein auf dem Plan steht, oder mag, wie Chatterton-Hill annimmt, Kultur immer einen Ausgleich zwischen den beiden Tendenzen bedeuten — für unsere Zeit läßt sich der Widerstreit der analytischen und synthetischen Parteien gar nicht wegdenken. Denn er fällt, wenn man genau zusieht, unter eine Kategorie, die überhaupt die wichtigste von allen ist, in

---

[31]) Bryce, The American Commonwealth, 1912, Bd. 2, S. 19.

[32]) Tübingen 1913.

[33]) Feß, a. a. O. S. 18.

der Parteiungen sich abspielen können: Dem Rationalismus, der sich hält an das unmittelbar Erfahrbare, an das Individuum und seine seelischen Zustände, und Illusionen haßt, tritt, im Gegensatz zu allem Intellektualismus auf das Romantische und Gemütliche gerichtet, der Konservatismus entgegen. Er verachtet, was nicht mehr für sich hat, als nur die Deduzierbarkeit und glaubt an höhere, überempirische Werte. Die einen wollen den Sperling in der Hand, die anderen die Taube auf dem Dach — und keine allgemeine Ueberlegung wird jemals festzustellen vermögen, auf welchen von diesen beiden Werten sich zu verlegen das richtigere Verhalten bedeutet. —

Die Tatsache, daß, wie schon erwähnt, bald das analytische Prinzip als Schrittmacher des synthetischen, bald das synthetische als das eigentlich analytische auftritt, setzt uns nun in die Lage, den vier wichtigsten sozialen Systemen ihren logischen Ort anzuweisen. Zu diesem Zweck haben wir unser Gegensatzpaar von synthetischen und analytischen Kräften im Leben der Gesellschaft mit einem anderen, dem des mit seinem Zwecke gleichsinnigen oder ungleichsinnigen Mittels zu kombinieren. Damit ist folgendes gemeint: Der erste Gedanke desjenigen, der für Freihandel eintritt, wird sein, die Zölle abzuschaffen, desjenigen, der für den Weltfrieden eintritt, die Armeen zu entlassen. Aber lange Erfahrung und kompliziertere Denken können die Wahl des entgegengesetzten Mittels bei gleichgebliebenem Ziele in den Vordergrund stellen, und so entstehen Forderungen wie die von Friedrich List. »Schutzzoll der Weg, Freihandel das Ziel«, oder wie das bekannte »Si vis pacem para bellum« — bei denen die Verbindung von einander entgegengesetzten Begriffen in der Kategorie von Mittel und Zweck fast paradox erscheint. Kombinieren wir nun diese beiden Paare von korrelativen Prinzipien, den Gegensatz einerseits einer Gesellschaft, für die der einzelne nur Mittel zum Zweck ist und einer anderen, in der es allein auf das Individuum ankommt, und den andererseits von gleichsinnigem und ungleichsinnigem Mittel zum Zweck, so erhalten wir die vier folgenden sozialen Systeme:

1. Ziel: die Gemeinschaft; Mittel: starkes Eingreifen der Gemeinschaft. (Beispiel Rodbertus.)

2. Ziel: die Gemeinschaft; Mittel: große Freiheit des Einzelnen (A. Smith).

3. Ziel: der Einzelne; Mittel: große Freiheit des Einzelnen (Stirner).

4. Ziel: der Einzelne; Mittel: starkes Eingreifen der Gemeinschaft. (Polizeistaat des 18. Jahrhunderts; Christian Wolff; aber auch Karl Marx.)

Die Versuchung ist groß, Rodbertus, Smith, Stirner und Marx als Beispiele nicht nur für die vier so deduzierten Kategorien dienen zu lassen, sondern in ihnen gleichzeitig die Repräsentanten der Systeme zu sehen, die die Theorie sonst einander gegenüberzustellen pflegt, nämlich des Konservativismus, besonders wenn er Staatssozialismus ist, des Liberalismus, Anarchismus und Sozialismus.

Aber so klar diese Begriffe dann abgeleitet werden, die sozialen Systeme, die sie bisher in sich zusammenfassen, könnten dann nicht mehr zusammenbleiben. Denn erstlich hat, wie viele Denker bemerkt haben, die sich mit Definitionen zu befassen hatten, das, was alles unter dem Namen Sozialismus oder Anarchismus in der Theorie nebeneinander steht, in Wirklichkeit fast nichts gemeinsam und könnte unter einen anderen Begriff gerade so gut gebracht werden. Und zweitens pflegt, und das erschwert die Rubrizierung überhaupt in jedes Schema sehr, einem sozialen System von seinen Anhängern meist nicht entweder nachgerühmt zu werden, daß die Gemeinschaft mit ihm am sichersten fährt, oder, daß es den einzelnen am besten stellt, sondern daß alles beide gleichermaßen der Fall sein wird; und infolgedessen ist es oft unmöglich festzustellen, auf welcher Seite der Hauptnachdruck liegt. Deshalb kann der Wert der hier deduzierten Kategorientafel nicht darin liegen, daß sie alte Begriffe neu erläutert und auch nicht darin, daß sie etwa den Anspruch erhöbe, einen alten Sprachgebrauch außer Kraft zu setzen; wohl aber hat sie etwas anderes für sich: nämlich, daß sie Ordnung bringt in eine unübersehbar gewordene Fülle von einzelnen Erscheinungen.

Ein paar Einzelheiten: Viele liberale Forderungen unserer Tage wären in der Kategorientafel in Schema 2 einzuordnen. Dann zeigen sie aber nicht das Gesicht, das für den Liberalismus charakteristisch ist, so wie wir ihn im Anschluß an Merkel oben dem Konservativismus gegenübergestellt haben. Indes erklärt sich dieser anscheinende Widerspruch daraus, daß der Liberalismus, wenn er, wenigstens in manchen Vertretern doch, in unserer Kategorientafel dem praktisch heutzutage bedeutungslosen Anarchismus koordiniert wird, naturgemäß anders aussieht, wie da, wo er im Konservatismus seinen einzigen Gegensatz findet. Das Staatsideal des durchschnittlichen Liberalen ist meistenteils ein Gemisch aus individualistischen und kollektivistischen Bestandteilen, und das eine Moment tritt um so stärker hervor, je mehr von gegnerischer Seite das andere betont wird. — Unter 4. stehen nebeneinander Christian Wolff und Karl Marx. Neu ist die Vermutung gewiß nicht, daß der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie Aehnlichkeit haben werde mit dem Polizeistaat des 18. Jahrhunderts, und sie hat, sieht man genau zu, auch nichts Paradoxes an sich. Es versteht sich im übrigen von selbst, daß durch die Unterteilung jeder der Kategorien nach den Gegensätzen von Eigentum und Kommunismus, Idealismus und Eudämonismus usw. für jede denkbare Nuance Platz sich schaffen ließe. — Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß A. Wahl den Unterschied von radikalem und Nationalliberalismus in einem ähnlichen Differenzpunkt findet, wie dem, der in unserem Schema Anarchismus und Sozialismus auseinanderhält. »Der Vulgärliberalismus der Zeit (um 1866) . . . war wie 1789 noch immer der Ansicht, daß Freiheit und Macht des Staates unüberbrückbare Gegensätze seien.« »In dieser Formel . . . Freiheit und starker Staat kann das Wesen des Nationalliberalis-

mus zusammengefaßt werden« [34]) — wobei wir uns vorbehalten, das Wesen des Nationalliberalismus unten anders zu bestimmen.

Die Notwendigkeit des Gegensatzes von synthetischen und analytischen Kräften im Leben der Gesellschaft begreift sich aus teils psychologischen, teils soziologischen Gesichtspunkten heraus. Wir werden uns nun an den Prozeß selbst, den wir politische Betätigung nennen, in seiner unmittelbaren seelischen Wirklichkeit so eng wie möglich anzuschmiegen suchen, und werden alsbald in den psychologischen und sachlichen Voraussetzungen, die allein ihn ermöglichen, die Ursachen zu einer Anzahl weiterer Parteiungen bei gleichem Ziele finden. — —

Indem ich mir vorsetze, einen bestimmten sozialen Zustand herbeizuführen oder zu erhalten und zu diesem Zwecke des Hebels der Gesetzgebung mich bediene, wirke ich auf Menschen ein. Der Mensch unterscheidet sich aber dadurch vom leblosen Stoffe, daß die Gegenwirkung, mit der er einen Reiz beantworten wird, nur in sehr beschränktem Maße sich voraussehen läßt. Die Menschen sind verschieden. Was den einen verschüchtert, versetzt den anderen in Zorn, wo dieser dankbar ist, tritt jener erst recht mit Ansprüchen auf. Wie Menschenkenntnis sich nicht erlernen läßt, so auch diese Seite der Politik nicht; und man braucht außerlogische Motive nicht zu Hilfe zu nehmen, um die Notwendigkeit von Parteiungen über die Frage, wie die Gruppe reagieren wird, auf die eingewirkt werden soll, zu begreifen.

Jeder künftige soziale Zustand ist ferner die Resultante zweier Komponenten: einmal dessen, was ich mit Absicht zu seiner Herbeiführung tue, und zweitens alles dessen, was von mir aus gesehen ein Zufall ist und in seiner Vereinigung erst mit den von mir ausgegangenen Wirkungen den neuen Zustand darstellt. An die Frage der voraussichtlichen Ausgestaltung dieser zweiten Komponente knüpft eine weitere Art immer wiederkehrende Parteiungen an.

Und drittens ist es Sache eines letzten freien Entschlusses, für welchen Zeitraum hinaus der Politiker sich seine Ziele setzen will. Er kann bei seinen Handlungen und Vorschlägen nur die nächsten Jahre im Auge haben, die eine annähernde Voraussicht des Kommenden gestatten, oder er kann auf lange Zeiträume hinaus vorbauen. Die Gefahr des Mißlingens ist im zweiten Falle größer, aber ebenso der Ruhm, wenn richtig geschätzt worden ist. Zu dem Größten, was sich an Bismarcks Namen knüpft, pflegt seine Mäßigung gerechnet zu werden, die er im Jahre 1866 dem besiegten Oesterreich gegenüber an den Tag legte: er war der einzige, der nicht nur an die allernächste Zukunft dachte, sondern die Konflikte, die die dann folgenden Jahre bringen mußten, voraussah. Von weitausschauender Politik sprechen wir, wenn der Erfolg die Zielsetzung auf lang hinaus, wie

[34]) A. a. O. S. 61, 60.

in diesem Falle gerechtfertigt hat; von phantastischer oder utopistischer, wenn er gegen sie entscheidet; ebenso wie sich auf der anderen Seite entsprechen, sich zu Begnügen mit dem Erreichbaren und von der Hand in den Mund zu leben.

Indem ich mich der Betrachtung dieser drei Fälle jetzt zuwende, schicke ich voraus, daß es sich zunächst um wiederkehrende Parteiungen handelt, wie sie zwischen beliebigen Personen jederzeit eintreten können und noch nicht um Parteiungen, die in Form von historischen Parteien schon fest erstarrt sind. Wenn wir an diesen dabei trotzdem aus naheliegenden Gründen soviel wie möglich exemplifizieren, so geschieht es mit dem Bewußtsein, daß ein synthetischer Teil nachträglich zusammenzufügen hat, was zum Zwecke der Analyse hier gespalten wird. Die Synthese selbst soll aber im Rahmen dieser Untersuchung nur angedeutet werden.

1. Immer wieder finden wir unter den Anhängern einer neuen Lehre solche, die an die Macht der Ueberredung glauben und solche, die den Gegner weniger optimistisch einschätzen und nur auf die Gewalt vertrauen. So berichtet Brentano eine Parteiung über diesen Punkt aus den ersten Volksversammlungen der Chartisten [35]). Daß Marx und Engels den Sozialismus der Heß, Grün usw. hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt seiner falschen Psychologie des Kapitalisten verspottet haben, ist bekannt. Die polnische Frage im Deutschen Reich und die irische in Großbritannien haben das gemeinsam, daß alle Parteien sich einig sind in dem Ziel Polen bzw. Irland von einer ruhigen und patriotischen Bevölkerung bewohnt zu wissen. Aber die Frage, ob Milde und damit das Erwecken von Dankbarkeit, oder ob furchterregende Strenge das richtigere Mittel zum Ziel ist, läßt die Parteien aufs heftigste aneinandergeraten. Die Emanzipation der Katholiken, die man den Iren vor 1812 versprochen hatte, wurde nach Napoleons Sturz nicht durchgeführt; denn jetzt kam es auf ihre Ergebenheit nicht mehr so sehr wie früher an [36]). Ganz im Gegensatz dazu steht die geringe Bewegungsfreiheit, die Elsaß-Lothringen nach 1871 Jahre hindurch gerade als zweifelhaftes Grenzgebiet genoß. In der Beurteilung der Menschen seiner Umgebung irrte sich der englische General Gage, als er im Jahre 1774 dem König von England von den Amerikanern versicherte, sie würden »Löwen sein, solange wir Lämmer sind, wenn wir aber Ernst machen, werden sie ohne Zweifel sehr zahm werden«. Das Toleranzedikt Jakobs II. von England veranlaßte mit seiner Milde die Whigs nicht, wie erwartet wurde, sich dem König anzuschließen, sondern sie verbündeten sich im Gegenteil mit den Tories gegen den König. Alles Beispiele dafür, daß der einzelne unberechenbar ist, und die Menschen sich untereinander nicht gleichen.

---

35) Brentano, Die englische Chartistenbewegung. Preußische Jahrbücher 1874.
36) G. W. Cooke, The history of Party, London 1836, III 497.

Dem konservativen Standpunkt entspricht im allgemeinen die pessimistische Beurteilung des Menschen und die Anschauung, daß nur Zwang und Furcht ihn im Zaume zu halten vermag. »Befreite Völker sind nicht dankbar, sondern anspruchsvoll« [37]). Liberal dagegen ist das Vertrauen in die Güte des Menschen und sein natürliches Solidaritätsgefühl mit der Gesamtheit. Wie weit dieses Vertrauen eine spezifisch bourgeoise Idee ist, mag dahingestellt bleiben. Sorel konstatiert, daß Bayle noch pessimistisch über die Natur des Menschen denkt und erst mit Fénélon der Optimismus seinen Einzug hält [38]). In einem Punkt jedenfalls finden wir die Rollen vertauscht: in der Stellung der beiden Parteien der Regierung gegenüber. Hier ist gerade das Mißtrauen spezifisch liberal und demokratisch. So warnte der große amerikanische Demokrat Jefferson seine Landsleute davor, das Vertrauen in die gewählten Männer der Regierung mit Unbesorgtheit um die Sicherheit der persönlichen Rechte zu identifizieren. Vertrauen sei überall die Mutter des Despotismus; auf Argwohn, nicht auf Vertrauen beruhe ein freier Staat [39]). Liberal ist die Auffassung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts als eines Sicherheitsventils gegen die Ausschreitungen der Masse. Konservativ ist die Ableugnung dieser Wirkung. Wenn der Arbeiterschutz von den Liberalen früher bekämpft wurde, so doch am wenigsten mit dem Argument, das in konservativen Schriften heute die Hauptrolle spielt, daß er die Arbeiter nicht zufriedener, sondern anspruchsvoller mache. Befürwortet wird er heute von den Liberalen unter dem Gesichtspunkt des sozialen Friedens. Mit dieser Psychologie sind sie wahrscheinlich auf dem richtigeren Weg; aber daß es doch immer noch anders kommen kann, als irgend jemand vorausgesehen hat, zeigt die Tatsache, daß aus der liberalen Stellungnahme zur Sozialpolitik als Prämisse, die konservative neuerdings als Folgerung gezogen worden ist: gerade weil das Entgegenkommen der herrschenden Klassen an die Arbeiter diese zufriedener mache und den Klassenkampf abschwäche, sei es verwerflich: die Theorie des Syndikalismus. Und der Syndikalismus unterscheidet sich unter dem hier in Rede stehenden Gesichtspunkt vom parlamentarischen Sozialismus wiederum dadurch, daß dieser das Mißtrauen der syndikalistischen Arbeiter gegen ihre eigene Widerstandsfähigkeit kapitalistischen Verlockungen gegenüber für übertrieben und unbegründet hält.

Hier ist auch an alle die Bedenken zu erinnern, die den schönsten Entwürfen für eine ideale, sozialistisch oder anarchistisch organisierte Gesellschaft im Wege stehen unter dem psychologischen Gesichtspunkt, daß sie nicht für Menschen taugen, sondern für Engel. Schon für seinen demokratischen Idealstaat hielt Rousseau allein die Götter für gut genug — was die Utopisten der französischen Revolution, vor allem Robespierre, als sie sich auf Rousseau beriefen, ver-

---

[37]) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, II, 270.

[38]) Les illusions du progrès. Paris 1908, S. 30.

[39]) Woodburn, a. a. O. S. 18.

gaßen. Berüchtigt ist überhaupt die Psychologie der französischen Aufklärung, die nur einen bei allen Völkern und zu allen Zeiten sich gleichen abstrakten Menschen kannte, dessen feststehenden Charakter man, wie sie glaubte, mit mathematischer Sicherheit in jedes Exempel einsetzen könne. Condorcet sagt von Turgot, daß Turgot nur den Menschen an sich kannte, aber keine Kenntnis vom einzelnen Menschen besaß, die ihm ja auch gar nichts hätte nützen können. »Turgot, dem Minister!« setzt Wahl mit Recht entsetzt hiezu [40]). Der zeitgenössische Sozialismus behauptet, und seine Gegner bestreiten, daß im sozialistischen Zukunftsstaat Arbeitswilligkeit und Lebensfreude möglich sind. »En derniére analyse le socialisme est une mètaphysique des moeurs«, drückt Sorel seine Zweifel aus.

Alle Diskussionen über richtige und falsche Wege in der auswärtigen Politik der Staaten werden von der Kontroverse Drohung oder Freundschaft beherrscht. Hier steht das Ziel ja fest: Räumliche Vergrößerung. — Das System der Staatenbunde wird im allgemeinen als Garantie des Friedens gepriesen, weil keine Macht die Verantwortung für einen Weltkrieg tragen wolle. Aber ebensogut wie das Bewußtsein der gegnerischen Stärke kann das der eigenen Schwäche vom Angriff abraten, und wenn der Sozialdemokrat David gelegentlich [41]) gerade darin, daß Deutschland nicht verpflichtet sei, Oesterreich zu Hilfe zu kommen, die Sicherheit dafür gefunden hat, daß Oesterreich keinen Krieg riskieren wird, so hatte er genau so recht und unrecht damit, wie wenn er die umgekehrte Wahrscheinlichkeit behauptet hätte. Dieselbe Ursache wirkt auf verschiedene Menschen radikal verschieden ein. »Die Not hat ebenso die idealen Leistungen der Freiheitskriege geschaffen, wie sie die Buschmänner auf ihrer tiefen Kulturstufe festgehalten hat« [42]). Das alte Wort des Heraklit von der menschlichen Seele, die so tief ist, daß alle Wege, die man wandelt, ihr doch nicht auf den Grund führen, gilt heute wie jemals.

2. Daß jeder künftige soziale Zustand die Resultante zweier Komponenten ist: einmal dessen, was ich tue, um ihn herbeizuführen, und zweitens aller Wirkungen, die von irgendwoher sonst ausgehen und sich mit denen, deren Ursache ich bin, vereinigen, ist so nicht unbestritten. Es ist der Grundgedanke des »wissenschaftlichen« Sozialismus im Unterschied vom »utopistischen«, zu glauben, daß in allen Berechnungen der Zukunft, die erste, persönliche Komponente ohne Fehler eliminiert werden darf. Gerade auf sie baut der utopistische Sozialismus, wenn er vertraut, daß der bloße gute Wille genügen kann, um die Gesellschaft von Grund auf zu verändern. Wenn meine persönlichen Handlungen und Entwürfe nun keinen Einfluß haben auf das, was sein wird, so kann ich doch eine verschiedene Stellung einnehmen, je nachdem ich glaube, vorauszuwissen, wie die

---

[40]) Ueber die Ursachen der französischen Revolution, Historische Zeitschrift Band 101, S. 304.

[41]) Reichstag 3. 12. 1912.

[42]) Vierkandt, Die Stetigkeit im Kulturwandel, S. 151.

zweite Komponente sich gestalten wird, oder ob ich ein solches Wissen für unmöglich halte. In diesem letzteren Falle bleibt bloß der Fatalismus übrig; dagegen entspricht jener erstere Standpunkt dem des wissenschaftlichen Sozialismus, der damit die Geburtshilfe bei der Entstehung der neuen Gesellschaft für sich beansprucht. Da der Marxismus überzeugt ist, daß gegen den Gang der Entwicklung doch nichts sich ausrichten läßt, und er ihn außerdem für alle noch kommenden Jahrhundete zu kennen glaubt, so können ihn die politischen Fragen des Alltags und alles, was irgendwie nach Taktik aussieht, grundsätzlich nicht interessieren. Sein Streben gilt der Ewigkeit.

Im vollen Gegensatz zu dieser Stellungnahme steht die Auffassung, die Männer wie Cavour und Bismarck von der Politik hatten. »Die Klugheit des Staatsmannes besteht in der richtigen Wahl der Zeit«, hat Jener geäußert. »Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen«, spricht Bismarck sich aus, »und das Abwarten des rechten Moments ist in beiden Situationen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe« [43]). Ueber die Beurteilung der unbeeinflußbaren Komponente stolpert häufig, wer aus der Geschichte glaubt, etwas lernen zu können, in der ja doch niemals zwei Fälle gleich sind. »Ich habe nur zuviel Erfahrung, das erste Nachgeben meines unglücklichen Bruders war das Zeichen seines Unterganges«, sagte Karl X. von Frankreich, blieb fest, und wurde gestürzt. Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1847 den Vereinigten Landtag berief, gehörte er zu den wenigen, die die ehemals ganz natürliche Vertretung des Volkes nach Adel, Bürger- und Bauernstand damals noch für möglich hielten.

Spricht die eine von zwei sich streitenden Parteien, pessimistisch eingestellt, der unbeeinflußten Komponente die Form a zu, während die andere, optimistisch, sie als b einschätzt, so tritt der Fall bisweilen ein, daß eine dritte Partei sich zwischen beide schiebt, das erstere Urteil für die Gegenwart, das zweite für die Zukunft als richtig anerkennt, und mit dem gleichen, zunächst auf die Gegenwart berechneten Mittel beiden Teilen gerecht zu werden versucht. So befürworten die Nationalliberalen ihre opportunistische Taktik im Parteiprogramm von 1867 mit dem Passus: »Die Endziele des Liberalismus sind beständige, aber seine Forderungen und Wege sind nicht abgeschlossen vom Leben und erschöpfen sich nicht in festen Formen.« Desgleichen vertrat das Prinzip des ungleichsinnigen Mittels für die Gegenwart als Vorbedingung dafür, daß das gleichsinnige in Zukunft wirken könne, Saint-Just, als er die Gewalt der Decemvirn dekretieren ließ: »Ihr habt«, sagte er, »gegen die Feinde der neuen Ordnung keine Schonung mehr walten zu lassen, und die Freiheit muß siegen um jeden Preis. In der Lage, in der sich die Republik befindet, kann die Verfassung nicht ins Leben treten; sie würde zu einem Schutze werden für Verbrechen gegen die Freiheit, weil ihr die nötige Gewalt-

---

[43]) Zu einer Abordnung der Universität Jena, 30. 7. 1892.

samkeit fehlen würde, um sie zu unterdrücken« [44]). Bevor ein Krieg begonnen wird, wird die voraussichtliche Ausgestaltung der zweiten Komponente diskutiert, der Kraft des Gegners in diesem Falle, sobald er sich zur Wehr setzt. Ganz an ihr hing der für Preußen günstige Ausgang des siebenjährigen Krieges, denn der Thronwechsel in Rußland stand völlig jenseits dessen, was Friedrich der Große beeinflussen konnte. Ueber die Frage, ob die Revolution schon jetzt möglich sei, oder ob sie noch in weiter Ferne liege, parteiten sich im Anfang der 70er Jahre die emigrierten russischen Sozialisten [45]). Auch die in dieser Rubrik in Rede stehenden Parteiungen bestätigen, daß Politik eine Sache des Gefühls ist. »Man hat von mir gesagt, ich hätte außerordentlich viel Glück gehabt in meiner Politik. Das ist richtig, aber ich kann dem Deutschen Reiche nur wünschen, daß es Kanzler und Minister haben möge, die immer Glück haben. Es hat das eben nicht jeder« [46]).

3. Je dunkler die entferntere Zukunft vor uns liegt im Vergleich zur nächsten, um so größer ist das Verdienst desjenigen, der nicht um eines augenblicklichen Vorteils willen der Zukunft präjudiziert. Man denke an Bismarcks Mäßigung gegen Oesterreich 1866, an Englands so kostspielige Kriege gegen Napoleon. Andererseits aber kann sich auf die Ueberlegenheit alles dessen, was gewiß ist über das Ungewisse, berufen, wer nimmt, was er bekommt, oder behält, was er hat. So stellt sich derselbe Gegensatz dar sowohl als einer zwischen näherer und entfernterer Zukunft wie auch als Spannung von Sicherem und Ungewissem. Auf der einen Seite der Sperling in der Hand, auf der anderen die Taube auf dem Dach. Ein Schwanken zwischen diesen beiden ist ganz unmittelbar nachempfindbar, weil mehr als wie der von Macaulay konstruierte Gegensatz eines Reizes der Gewohnheit und eines anderen der Neuheit. Denn auf nichts anderes kommt seine Unterscheidung erhaltender und verändernder Parteien, die hierher also nun gehört, schließlich heraus, als darauf, daß die einen ausgehen von dem Satze, »daß wir die Uebel, die wir haben, lieber ertragen, als zu unbekannten fliehen«, und die anderen vom »frisch gewagt ist halb gewonnen« — die einen sich für die sicheren, aber kleinen Vorteile und Nachteile entscheiden und die andern für die großen, wenn auch ungewissen. Die Spannungsweite zwischen dem Nullpunkt ihrer Entschließung einerseits und der positiven und negativen der beiden Möglichkeiten, die gegeneinander abgewogen werden, andererseits, ist bei beiden Parteien gleich groß. Aber die beiden positiven und die beiden negativen Möglichkeiten sind nicht gleich weit vom Nullpunkt entfernt. Von hier aus versteht sich auch, warum weltumspannende politische Theorien in neuerer Zeit durchweg von den revolutionären Parteien

[44]) Mignet, Gesch. d. franz. Revolution. Kapitel 8.

[45]) A. Thun, Gesch. d. revolut. Bewegung in Rußld. Leipz. 1883. S. 77/78.

[46]) Bismarck, zu einer Abordnung der Universität Jena, 30. 7. 92.

zuerst zur Diskussion gestellt worden sind, zur Zeit Cromwells nicht minder wie im 18. und 19. Jahrhundert. Denn wer es wagt, den sicheren Boden der bestehenden Institutionen zu verlassen und so viel aufs Spiel setzt, um viel zu gewinnen, braucht zu seiner Rechtfertigung eine großzügige, von den Zufälligkeiten des Augenblicks abstrahierende Lehre, mag sie nun von den unverlierbaren Rechten des Menschen handeln oder vom naturgesetzlichen Gang des Geschehens. Damit, daß solche Lehren Gültigkeit für alle Zeiten beanspruchen, ergibt sich auch, daß ihren Anhängern die unmittelbar bevorstehende Zukunft nur ein beliebiger Teil der entfernteren ist, daß sie beide nicht im Verhältnis des Hemds zum Rock stehen, von denen jenes dem Leibe näher ist — daß sie mit einem Worte Antiopportunisten sind. So nicht nach rechts und links vom Wege zu blicken, hat seine großen Vorzüge. »Une doctrine ne devient active, qu'en devenant aveugle« (Taine). Aber ein solches Verhalten ist durchführbar auch nur für Parteien, die sich an ihr Programm deshalb halten können, weil sie, wenigstens vorläufig, nicht in die Verlegenheit kommen, an verantwortlicher Stelle mit dem Moment paktieren zu müssen. Das gilt vor allem für Deutschland. »Deutschland kann das Land der politischen Programmparteien sein, weil es das Land der nichtparlamentarischen Regierungsform ist«[47]). Und doch haben auch in Deutschland mehrere Parteien Spaltungen dadurch erlebt, daß ein opportunistischer Flügel, der Devise »alles oder nichts« entsagte. 1866 traten die späteren Nationalliberalen aus der liberalen Gesamtpartei aus in der Ueberzeugung, daß Bismarck die nachgesuchte Indemnität zu erteilen sei, und gleichzeitig sonderten wegen derselben Frage die Freikonservativen sich aus der konservativen Partei aus, weil diese darauf bestand, den geschlagenen Gegner bis zum Letzten zu verfolgen. Auf dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie wurde das Prinzip des Revisionismus verworfen, nachdem man es definiert hatte, als »das Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge« — wobei als Korrelatbegriff zur bestehenden Ordnung die kommende gedacht war. Aber wir hören auch umgekehrt von einem Vorstoß des Doktrinarismus gegen die opportunistische Taktik der Independent Labour Party Großbritanniens. Derselben wurde in ihrer Birminghamer Jahreskonferenz folgende Resolution vorgelegt: »Um die Autorität der gewählten Volksvertreter im Parlament gegenüber dem übermächtigen Einfluß der Minister herzustellen, die fast jeden wichtigen Beschluß des Unterhauses als Vertrauensfrage behandeln, deren Ablehnung mit einer Parlamentsauflösung beantwortet werden kann, ersucht die Konferenz die Arbeiterfraktion des Unterhauses, alle derartigen möglichen Konsequenzen zu ignorieren und bekannt zu geben, daß sie die Absicht habe, ihre eigenen Forderungen unentwegt in den Vordergrund zu drängen und über alle vorgebrachten Fragen ausschließlich nach ihrem sachlichen Werte abzustimmen,« während gleichzeitig eine Gegenresolution verlangte,

---

[47]) H. Rehm, Deutschlands politische Parteien, S. 16.

doch alle Konsequenzen in Betracht zu ziehen [48]). Auch daß die Nationalliberalen die Bundesverfassung von 1867 bewilligten, ohne daß in den Punkten Budgetrecht, Ministerverantwortlichkeit und Diäten ihren Wünschen darin Rechnung getragen worden wäre, eingestandenermaßen der Gefahr wegen, »daß nichts zustande komme« sonst, kann unseren Gegensatz des Sperlings in der Hand und der Taube auf dem Dach illustrieren. Unter ihn fallen sowohl der Konservative, der behält, was er hat, wie der Opportunist, der nimmt, was er bekommt, und beider Gegenpart. — —

Blicken wir nun noch einmal zurück, so haben wir in folgenden Momenten den Keim zu Parteiungen gefunden:

1. im Gegensatz der synthetischen und analytischen Kräfte in der Gesellschaft;

2. in psychologischen Schwierigkeiten;

3. in Differenzen betr. die Beurteilung des von anderer Seite her zu Erwartenden;

4. in der Spannung von geringem, aber gewissem Gegenwarts- und größerem, aber ungewissem Zukunftswert. Derselbe tritt hervor in der Unterscheidung von weitsichtiger und kurzsichtiger, oder, bei umgekehrtem Erfolg, phantastischer und Realpolitik; im Gegensatz von Erhaltung und Veränderung und in dem weiteren von Opportunismus und Doktrinarismus: der spezielle Unterschied zwischen den beiden letztgenannten Fällen drückt sich dahin aus, daß der Konservative behalten will, was er hat und der Opportunist nimmt, was er bekommt.

Das wären die Parteiungen. Und wie verhalten sich nun zu ihnen die historischen Parteien?

Die Antwort muß dahin lauten, daß, von extremen Fällen abgesehen, alle Parteien sämtliche Prinzipien durcheinander verwenden. Wir sahen das schon oben an dem Gegensatzpaar des synthetischen und analytischen Prinzips in der Gesellschaft. Der ausgesprochenste Konservativismus und der ausgesprochenste Anarchismus kennen allerdings der eine nur das Sozialprinzip, der andere nur das individuale. Aber je näher eine Partei der praktischen Betätigung steht, um so mehr zeigt sich, daß zuerst ein bestimmter Gesellschaftszustand aus irgendeinem Grunde gewollt und vorgestellt wird und dann erst nachträglich, als Argumente angetan, die Prinzipien herangeholt werden. Das will nicht heißen, daß deshalb die Parteiprogramme der Liberalen, Konservativen usw., weil sie widerspruchsvoll sind, nur unter dem Interessengesichtspunkt verstanden werden können, sondern es soll nur besagen, daß sie sich unbewußt sehr viel weniger in der geraden Verlängerung letzter, ihnen eigentümlicher, Prinzipien bewegen, als gemeinhin angenommen wird. Um das ein-

[48]) J. Sachse, Das englische Parteiensystem und die Arbeiterpartei. »Neue Zeit« 30. 1. 1911, S. 161 f.

zusehen, ist es nur nötig, irgendeine politische Frage auf die Argumente hin, die für und gegen jede vorgeschlagene Lösung geltend gemacht werden, im einzelnen zu analysieren. Nehmen wir zu dem Zwecke an, es stehe eine Militärvorlage zur Diskussion. Dann pflegen folgende Gesichtspunkte gegeneinander ausgespielt zu werden:

1. Behauptung: Schon im Frieden, erst recht aber im Kriege, erzeugen das militärische Zusammenleben und Zusammenwirken unersetzbare sittliche Werte; Gegenbehauptung: Sicher ist nur dies, daß unendlich viel individuelles Lebensglück durch eine mehrjährige erzwungene Tätigkeit, und vor allem durch den Krieg, zerstört wird. — Die konservative Behauptung argumentiert mit den synthetischen, die liberale Gegenbehauptung mit dem analytischen Prinzip. Diese schillert außerdem hinüber in das andere des Sperlings in der Hand.

2. Behauptung: Die anderen Völker sind innerlich kriegerisch gestimmt; Gegenbehauptung: Sie sind friedlich gestimmt und werden nachfolgen, sobald eine Seite mit der Abrüstung beginnt. — Konservativ ist hier das pessimistische psychologische Vorurteil, liberal das optimistische.

3. Behauptung: Keinesfalls darf in einer so wichtigen Sache etwas wie Abrüstung riskiert werden. Gegenbehauptung: Frisch gewagt, ist halb gewonnen. — Diese Antinomie klingt an die vorige in unserem speziellen Falle an, ist aber doch nicht mit ihr identisch. Konservativ ist unter diesem Gesichtspunkt das Bevorzugen des Sperlings in der Hand, liberal, oder in Deutschland heute mehr demokratisch, das Gegenteil.

4. Eine ganze Anzahl weiterer Streitfragen treten hinzu: ob ein Krieg nur den Kapitalisten zugute kommt oder auch den Proletariern, ob das Rüsten eine Schraube ohne Ende ist oder nicht, usw. Parteiungen über diese Punkte sind sekundär. Wer überhaupt für den Krieg ist, bedient sich fast immer auch aller Argumente, glaubt an seine sittlichen Kräfte und zugleich auch, was ja gar nicht nötig wäre, an die feindselige Stimmung der Nachbarn, und ist, was mit diesen beiden Punkten wiederum gar nichts zu tun hat, überzeugt, daß das ganze Volk am Heere interessiert ist. Also: ein gewisser Zustand der Gesellschaft wird erstrebt, aus einem Grund wahrscheinlich meistens nur, aber mit diesem einen assoziieren sich von selbst alle anderen, die auch in Betracht kommen könnten. —

In der Frage der sogenannten Mittelstandspolitik finden sich bei denselben Personen die Ueberzeugung, daß dem Mittelstand geholfen werden kann und die andere, daß das Bewußtsein der Staatshilfe ihn nicht erschlaffen lassen wird; dazu eine sehr hohe Einschätzung seines allgemeinen Werts für die ganze Gesellschaft und seines Glückniveaus im besonderen, alles Dinge, die weder begrifflich noch tatsächlich etwas miteinander zu tun haben. Dieselben Kreise ziehen zu Feld gegen das Gewerbe des Börsenmaklers, weil es überflüssig ist und gegen das des Warenhausbesitzers, weil es andere Gewerbe überflüssig macht. Der sozialdemokratische Revisionismus tritt dem orthodoxen Marxismus entgegen mit dem Argument, daß wenig,

wenn es sicher ist, mehr wert ist, wie viel, wenn es problematisch bleibt — und dem Konservativismus, der gegen soziale Experimente eifert, mit gerade dem umgekehrten Gedankengang. Das alles hat nur darin seinen Grund, daß die Prinzipien der Parteiung unbewußt bleiben, und dadurch übersehen werden kann, daß fortwährend die gleichen Argumente von denselben Personen verwandt werden, die ihren Wert dem Gegner, wenn er sie seinerseits in anderem Zusammenhang gebraucht, aufs strengste bestreiten. Auch hier möchte ich einer Meinung Lederers entgegentreten, der Widersprüche in der Deduktion programmatischer Forderungen für ein sicheres Anzeichen des Primats des Interesses hält. Nicht, daß ich dieses an sich im geringsten leugne — aber die Interessentenorganisationen stehen nicht allein da mit ihrer brüchigen Logik. »Daß in der Ideologie der Unternehmer kein allgemeines Prinzip herrscht, aus welchem die Interessen der Unternehmer als Konsequenz fließen, folgt daraus, daß die Unternehmer allüberall prinzipiell entgegengesetzte Forderungen auch aus gegensätzlichen Prinzipien heraus in aller Naivität vertreten, daß sie gegen die schrankenlose Konkurrenz der einzelnen Unternehmer untereinander auftreten, die als ‚schädlich' abgelehnt wird, hingegen die ‚Freiheit des Arbeitsvertrages' postulieren und den Zusammenschluß der Arbeiterschaft oder der Arbeitnehmer überhaupt zwecks Ausschaltung der ‚mörderischen freien Konkurrenz' perhorreszieren — daß sie den Koalitionszwang der Unternehmer untereinander als notwendiges Ergebnis der solidarischen Interessen billigen, den Koalitionszwang innerhalb der Arbeiterschaft als ‚Unterbindung des freien Willens der Persönlichkeit' ablehnen, daß sie Zölle und Einfuhrverbote als ‚Schutz der nationalen Arbeit' verteidigen, hingegen Schutzbestimmungen gegen übermäßige Anwendung der Arbeitskraft ebenso entschieden als Eingreifen in die Selbständigkeit der Staatsbürger, in den ‚natürlichen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung' ablehnen. Als Ausfluß allgemeiner Prinzipien widerspricht sich also die Ideologie der Unternehmer in den einzelnen Postulaten (mehr als die der Arbeiterschaft, welche auf der einheitlichen sozialistischen Ideologie fußt) und stellt sich als widerspruchsloses System nur dar vom Gesichtspunkt der Unternehmerinteressen als Oberziel«[49]. Der gleiche Nachweis wird versucht für die Ideologie der Angestellten und die des Mittelstandes. — Indessen die Stellungnahme der Parteien zeigt schon einzelnen Fragen gegenüber, gewiß aber was das Ganze der Gesellschaft anbelangt, der Analyse dieselben Inkonsequenzen. Primär ist der Wunsch nach einem bestimmten Zustand der Gesellschaft, — nur bei metaphysischen Parteien steht obenan das Prinzip. Die Prinzipien der Parteiung bleiben unbewußt, und ihre wechselseitige Vertauschung tritt im Tageskampf auch nicht so kraß zutage, wie in der angeführten Zusammenstellung Lederers, die auf einem kleinen Raum nebeneinander anführt, was sonst zeitlich meistens weit getrennt ist.

---

[49]) Lederer, a. a. O. S. 548.

Zentralismus im Punkte Staat gegen Individuum, Erhaltung, und überwiegend pessimistische Psychologie kennzeichnen in Deutschland den Standpunkt der Konservativen. Der Name involviert bloß das Moment der Erhaltung; die geschichtliche Entwicklung hat es aber mit sich gebracht, daß, was es in Deutschland gegen Angriffe von anderer Seite hauptsächlich zu erhalten galt, eben die starke Zentralgewalt war. Sollte sie einer stärkeren Individualisierung der Gesellschaft bei uns einmal Platz machen, so ist anzunehmen, daß die Kreise, die jene heute bekämpfen, es auch dann tun werden, wobei sie aber das eigentlich konservative Argument an ihre Gegner abtreten müßten, auch wenn die Namen der Parteien die gleichen bleiben sollten. Individualismus, teilweiser Umbau der Gesellschaft, vor allem in verfassungspolitischer Beziehung, überwiegend optimistische Psychologie sind die Kennzeichen der deutschen Liberalen. Ein opportunistischer Flügel, der immer mehr im Laufe der Jahre der Praxis seine Theorie angepaßt hat, und ein, wenn auch heute nicht mehr so ausgesprochen wie früher, grundsätzlicher stehen sich gegenüber. Ihre eigene Psychologie hat die Demokratie: daß das Volk seine Interessen selbst am besten kenne, daß kein Unterschied im politischen Verständnis zwischen einzelnen Gruppen der Bevölkerung bestehe, daß ferner jeder bevollmächtigte Ausschuß nach einiger Zeit immer nur noch an sich selbst denke — wird von der demokratischen Doktrin behauptet und wird ihr bestritten. In keine unserer Rubriken läßt sich das Zentrum einordnen, weil alles Politische ihm nur Nebensache ist, und von einem außerpolitischen Standpunkt aus seine Bewertung findet. Daß die Sozialdemokratie keine echte Partei ist, wurde ebenfalls an anderer Stelle schon bemerkt. Ihr gegenwärtiges Verhalten entspricht dem einer Interessenorganisation mit außerordentlich optimistischer Psychologie des Arbeiters und sehr pessimistischer aller anderen Klassen, ihr Weltbild wird bestimmt durch eine nur ihr eigentümliche Auffassung von der notwendigen Entwicklung der unbeeinflußbaren Zukunftskomponente.

Dies hier nur angedeutete Verhältnis von Parteiungen und Parteien wäre einer näheren Erforschung wohl wert. Der Rahmen der vorliegenden Untersuchung verbietet ein näheres Eingehen. —

Nicht anders steht es mit einem weiteren Problem, das uns noch beschäftigen soll, und bei dem es sich auch im folgenden um nichts anderes handeln kann, als wie um die korrekte Formulierung. Wir überwiesen im Anfange dieser Erörterungen der Geschichte die Frage nach den psychologischen und historischen Bedingungen jeder in ihrer Besonderheit einmaligen Parteikonstellation, und vindizierten der Theorie das Problem der notwendigen Parteiungen bei auf den gleichen Voraussetzungen fußendem, und nach demselben Ziele strebendem, logisch eingestelltem Denken. Damit blieb die Frage offen, ob der Geschichte oder der Theorie zuzuweisen sei ein etwa zu konstatierender regelmäßiger Zusammenhang zwischen der historischen und sozialen Stellung der Subjekte des Parteikampfes und den Objekten,

um den er geführt wird. Wie verhalten sich im Parteileben die Wollenden zu dem Gewolltem? So wenigstens ist die Frage bisher meist formuliert worden. In Wirklichkeit enthält sie zwei Probleme in sich, da die Parteien nicht nur Zwecke schlechthin setzen, sondern auch einen ganz bestimmten Kreis von Personen im Sinn haben, — so daß zu unterscheiden ist zwischen den beiden Fragen: wer setzt sich für wen ein? und wer für was?

Die erstere von diesen beiden muß man nur genau stellen, um sofort zu wissen, daß sie noch durchaus ungelöst ist. Wir kennen weder die Bedingungen, unter denen das Gemeinschaftsgefühl mit der Klasse das mit der Nation überwiegt, noch wissen wir, wann das Gefühl der Solidarität mit denen, die dasselbe in religiöser Hinsicht glauben, alle anderen sozialen Bande zurücktreten läßt. Wir haben es hier mit Problemen der Soziologie im allgemeinen zu tun, die, besonders nach der Seite des Nationalitätengedankens hin, in neuester Zeit in Angriff genommen worden, aber noch in keiner Hinsicht spruchreif sind. An dieser Stelle kann es sich also nur darum handeln, sie zu formulieren und auf die große Bedeutung hinzuweisen, die ihre Lösung für die Parteiwissenschaft besitzen würde. Allein die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung halten diese Fragen des Gemeinschaftsgefühls für schon gelöst durch die Lehre, daß es eine andere soziale Gruppe als wie die Klasse in Wirklichkeit nicht gibt. Indessen zeigt sich der bloßen, nicht deutenden, Beobachtung nichts von dieser so ungeheuer einfachen Struktur der Gesellschaft. Und gäbe man selbst zu, daß im Allerinnersten jeder Mensch sich nur als Angehöriger seiner Klasse fühlt, so bliebe doch nach wie vor festzustellen, in welchen religiösen und nationalen Formen diese Zusammengehörigkeit sich äußern kann, und unter welchen speziellen Bedingungen der Klassenmensch als religiöser auftritt, unter welchen als nationaler usw. Damit aber hätte, um einen Vergleich zu gebrauchen, dessen Simmel sich in ähnlichem Zusammenhange bedient, ein ganzer Bruch ein anderes Vorzeichen bekommen, an dem nur das Verhältnis von Zähler und Nenner die Wissenschaft interessiert — und gewonnen wäre nichts.

Dagegen tritt der materialistischen Geschichtsauffassung eine zweite Theorie zur Seite, wenn es sich um die Beantwortung unserer anderen Frage handelt: das Fußen auf dem gleichen Boden und damit die Bedingung der echten Parteiung vorausgesetzt, wer setzt sich für was ein? Wer ist konservativ, wer liberal, wer gemäßigt nach beiden Seiten, wer radikal? Als wir in der Hallam-Macaulayschen Lehre zwei Behauptungen unterschieden, eine über die Ziele der Parteien und eine andere über die persönliche Veranlagung der Adepten einer jeden von ihnen, wurde die Diskussion der zweiten Behauptung an diese Stelle verschoben. Macaulay findet in der Verschiedenheit der Temperamente die Ursache dafür, daß die einen immer sich mehr nach der Seite des Herkommens neigen und die anderen nach der der Neuerung. Das könnte richtig sein unter einer Bedingung: wenn ein durchgängiger Zusammenhang bestünde zwischen einer Partei und

einer ganz bestimmten sich gleichbleibenden Stellungnahme in der Alternative bei jeder Parteiung. Wir sahen aber schon oben, daß das Verhältnis von Parteiungen und Parteien so ganz einfach nicht ist. Zugegeben, daß die vorsichtig Veranlagten konservativ sind und der Mut für Neuerungen eintritt, — den konservativen Kreisen gegenüber, die die militärische Abrüstung nicht riskieren wollen, macht diese Rubrizierung bankerott. Man könnte geradeso gut umgekehrt sagen, daß nur Furchtsame für den Frieden eintreten — um diese Theorie wieder als nutzlos aufzugeben in der Erkenntnis, daß zu wenigen Dingen so viel Mut gehört, wie zur antimilitaristischen Propaganda. Konkrete politische Probleme gehen eben in eine Parteiung nicht ein, sondern setzen sich aus vielen, sich durchkreuzenden, zusammen. Wir konstatierten oben bei den Konservativen eine im allgemeinen pessimistische, bei den Liberalen eine mehr optimistische Psychologie; neigen deshalb die Gutmütigen mehr zum Liberalismus, die Bösartigen mehr zum Konservativismus? Oder hängen gesellige Menschen mehr dem synthetischen Prinzip an, einsame dem analytischen? Auch das ließe sich plausibel machen, indem man aus dem Bündel von Parteiungen, das als Ganzes erst eine Partei charakterisiert, einen Faden herausrisse.

Indes ist diese ganze Anschauung in Deutschland heute wenig bekannt. Die wissenschaftliche Diskussion und auch in sehr hohem Maße das populäre Bewußtsein beherrscht, was die Ziele des Parteikampfes angeht, die materialistische Geschichtsauffassung. Dieselbe behauptet als das Ziel, auch der Parteien, die wir als echte angesprochen haben, durchweg materielle wirtschaftliche Werte, und findet den Grund dafür, daß verschiedene Parteien existieren, im Gegensatz der Klassen. Jede Klasse hat ihre Partei.

Sehen wir nun ab von den nationalen und religiösen Gruppen, denen gegenüber der Marxismus versagt, so ist sicher: erstens, daß wirtschaftliche Kämpfe und Parteikämpfe sich in der Geschichte sehr oft gedeckt haben, und zweitens, daß der Zug der Zeit gegenwärtig dahin geht, die Parteien zu Organisationen wirtschaftlicher Interessenten immer mehr zu machen. Es sei für diesen Punkt verwiesen auf Lederers oben zitierte Untersuchung. Deshalb muß auch an die Spitze jeder Bemerkung über die ökonomische Geschichtsauffassung das Zugeständnis des großen Wahrheitswerts gestellt werden, den sie ohne allen Zweifel besitzt. Aber schwerwiegende Bedenken gegen das Eindringen des Marxismus in die Parteienlehre werden dadurch nicht erübrigt.

Zunächst hat er nirgends so leichtes Spiel wie in Deutschland. Die konservative Partei Repräsentantin der Landwirtschaft, der Liberalismus des Kapitals, die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft — damit sind, sehen wir vom Zentrum ab, die drei hauptsächlichen Klassen den drei hauptsächlichen Parteien koordiniert. Ganz anders aber liegen die Dinge schon in England. Zwar haben die Whigs lange Zeit überwiegend das »moneyed interest« vertreten und die Tories das »landed interest«, aber doch immer nur so weit, daß zahlreiche grund-

besitzende Familien den Whigs dauernd angehörig blieben, und viele Handelsleute toryistisch wählten. Auch ist es der Arbeiterklasse nicht gelungen, eine eigene Vertretung von Bedeutung ins Unterhaus zu schicken, und zwar deshalb nicht, weil die Arbeiterschaft das Gefühl nie hatte, daß sie ohne Vertretung dort sei. Dieser Zusammenhang wird auch in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie für England nicht geleugnet [50]). Mögen immerhin die ehemaligen Adelsfraktionen der Whigs und Tories heute ihrem Wesen nach Repräsentanten von Kapital und Landwirtschaft sein: so lange sie ihren Charakter als Nicht-Arbeiter-Parteien dadurch zu verbergen suchen, daß sie sich in Konzessionen an die Arbeiterschaft überbieten, ist es sinnlos, den Begriff des Klassenkampfes auf die englischen Parteiverhältnisse auszudehnen. Weitet man ihn so aus, so verliert er jeden spezifischen Sinn.

Nicht viel anders liegen die Dinge in den Vereinigten Staaten. Betrachtet man den Norden für sich und den Süden für sich, so vertritt jedesmal die eine der Parteien die Besitzenden und die anderen die Besitzlosen. Nimmt man die ganze Union, so haben Republikaner sowohl wie Demokraten ihre Anhänger in allen Klassen [51]). Laut Bryce laufen die amerikanischen Parteigegensätze den wirtschaftlichen weniger parallel als auf dem europäischen Kontinent. Nachdem frühere Arbeiterparteien eine nicht allzugroße Rolle gespielt hatten, wurde 1898 in Chicago eine Social Democratic Party gegründet, die zwar reißend Anhänger gewinnt, aber doch noch auf lange hin nicht imstande sein wird, mit den Republikanern und Demokraten an Bedeutung sich zu messen.

Und daß sich der strenge Marxismus nicht auf Frankreich berufen kann, zeigt allein die Abkehr der Gewerkschaften vom Parlamentarismus, weil er unfähig sei, den wahren Gegensatz der Klassen zum Ausdruck kommen zu lassen.

So viel ist also klar, daß selbst, wenn der große Ueberschlag, den die materialistische Geschichtsauffassung über das gesamte historische Geschehen nimmt, sie in den Stand setzen sollte, was hier nicht zur Diskussion steht, in ebenso großem Ueberschlag die Zukunft richtig vorauszusagen — sie ihren Wert verliert für irgendwie speziellere Zusammenhänge, so wie sie das Parteiwesen bietet. Eine Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung, über die es nachgerade eine Literatur für sich gibt, gehört nicht hierher. Nur über ihre individualpsychologischen Entstehungsbedingungen und die Gründe ihrer zunehmenden Verbreitung hat einiges noch Platz zu finden, weil die Wichtigkeit der zu Beginn unserer Untersuchung entwickelten erkenntnistheoretischen Prinzipien bei dieser Gelegenheit besonders scharf zutage tritt. —

Wenn der Politiker mit seinen Argumenten, sei es im Parlament, sei es in der Presse oder sonstwo, auf den doppelten Nachweis hinaus-

[50]) Vgl. den zitierten Aufsatz von Sachse, a. a. O. S. 164.

[51]) Bryce, a. a. O. II, 39 f.

will, erstens, daß uninteressiertes und logisch eingestelltes Denken nur in den von ihm vorgebrachten Ergebnissen ausmünden kann, und zweitens, daß die Vorschläge und Behauptungen der Gegenpartei, die sonst unverständlich wären, in den psychologischen Bedingungen, unter denen sie entstanden sind, vor allem im Interesse, ihre Erklärung finden, so braucht er damit nicht gegen besseres Wissen auszusagen. Je mehr ein Mensch Politiker ist, um so weniger ist er imstande, in eine fremde Anschauung sich einzudenken, und umgekehrt, je weniger er dazu imstande ist, ein um so überzeugterer und überzeugender Politiker kann er sein. Der Agitator hat gar kein Interesse daran, in andere sich einzufühlen, aber ein sehr großes daran, nur psychologische und möglichst wenig allgemein wertvolle Motive in seine Gegner einzudeuten[52]. Und je weiter er in dieser Hinsicht vorgeschritten ist, um so weniger wird er selbst bei bestem Willen fähig sein, politische Probleme sachlich zu behandeln.

Ein Kriterium dafür, wann eine politische Gruppe das auch meint, was sie sagt, und wann nicht, existiert nun freilich überhaupt nicht. Auch der Gelehrte wird, ganz nach seiner persönlichen Veranlagung, das eine Mal sich leicht in das einfühlen können, was eine Partei selbst als ihre Beweggründe bezeichnet und ein anderes Mal nur in der psychologischen Eindeutung eine Möglichkeit finden, sich die betreffenden Anschauungen zu erklären. Wer rationalistisch veranlagt ist, würde, wenn er verzichtete auf die psychologische Eindeutung von persönlichen Interessen, einer Partei wie der der Welfen einfach ratlos gegenüberstehen müssen; denn ein ausgesprochener Verstandesmensch kann als solcher sich nicht vorstellen, wie ohne irgendwelche Hintergedanken in einer Zeit, die mit den schwerwiegendsten Problemen zu ringen hat, jemand es für das Allerwichtigste von allem halten sollte, daß eine einzige Familie zu ihrem historischen Recht kommt. Dagegen macht die Einfühlung in diesem Falle Menschen, die romantisch angehaucht sind oder stark dynastisch empfinden, gar keine Schwierigkeit; sie aber wiederum werden sich die Forderungen der Sozialdemokratie aus anderen wie den niedrigsten Instinkten heraus nicht zu erklären vermögen. Wann der eine Weg des Verstehens mit Recht begangen wird und wann der andere, läßt sich gewiß nicht a priori, aber meistens auch nicht im konkreten Fall unterscheiden. Is fecit cui prodest und In dubio pro reo — beide Prinzipien sind meistens anwendbar und imstande, einen lückenlosen Zusammenhang herzustellen. Man wird das erstere allein mit gutem Gewissen anwenden dürfen, wo beispielsweise die Propagatoren der Vorzüge des Alkoholgenusses sich als identisch mit den Interessenten der Gastwirtschaften erweisen, oder wo die Arbeit von Kindern in Fakriken verlangt wird mit der Begründung, daß Müßiggang der Anfang aller Laster sei.

---

[52]) »Auf welche Erklärungen verfällt nicht ein Kopf, dessen Energie auch damit zusammenhängt, daß er für jedes Hindernis die Erklärung immer nur in der Verschuldung anderer sieht!« L. Bamberger über Bismarck. »Die Secession«, S. 22.

Denn die Art, wie in diesem Fall und ähnlichen der spezielle Fall unter den allgemeinen subsumiert wird, hat mit Logik nichts mehr zu tun, so daß auch bei größtem Wohlwollen die Einfühlung unmöglich sein dürfte. Wohl aber wird das Prinzip des In dubio pro reo seine Anwendung zu finden habe überall, wo leidlich gute Gründe vorliegen und der Interessegesichtspunkt nicht in Betracht kommen kann. Indessen eine feste Regel existiert nicht.

Daß Marx und Engels, die der materialistischen Geschichtsauffassung ihre letzte und schärfste Formulierung gegeben haben, keine weltabgekehrten Gelehrten waren, sondern Politiker, die mitten im Tageskampf standen, und daß sie, das furchtbare Elend des englischen Proletariats vor Augen, von der Gerechtigkeit ihrer Sache ganz und gar durchdrungen waren, und daher naturgemäß ausschließlich materielle, wirtschaftliche Motive als für ihre Widersacher maßgebend annahmen, kann aber doch noch nicht allein erklären, warum die Lehre so spät erst entstanden ist. Politiker hat es immer gegeben, politische Theorien schon lange — aber die materialistische Geschichtsauffassung ist ein Erzeugnis der neuesten Zeit. Wie kommt das? —

Es gibt eine Fiktion, die zur Ideologie fast jeder Partei im weitesten Sinne gehört: jede einheitlich wollende soziale Gruppe neigt zu der Ueberzeugung, daß wider sie sei, wer nicht für sie ist. Der Ultramontane versteht das Weltgeschehen am besten, wenn er es sich vorstellt als den Kampf für und wider die Kirche, und er glaubt fast immer, daß das, was alle eine, die nicht mit ihm zusammen stehen, ihr gemeinsamer Haß gegen die Kirche sei. Er begreift nicht, daß andere das, was ihm das Wichtigste von allem in der Welt ist, ganz gleichgültig läßt zugunsten anderer Dinge, die sie mehr interessieren. Und deshalb denkt er sich seine Gegner allesamt mit Vorliebe nicht als unkirchlich, sondern als antikirchlich. So gewinnt er gleichzeitig das einfache und klare Bild der Lage, das nötig ist, will er seinen eigenen Bemühungen einen leicht kenntlichen und wichtigen Platz im Weltgeschehen anweisen. Dasselbe gilt vom Nationalismus, der für das einzige wirkliche Bindemittel das der gemeinsamen Abstammung zu halten pflegt und lieber auf Dekadenz und Rassenmischung sich beruft, als daß er die gleichzeitige Existenz des Klassenkampfes anerkennte. Und eben dies gilt auch für die Vertreter des Klassenkampfgedankens.

Marx und Engels konnten behaupten, daß es nur e i n soziales Bindemittel gibt, das der gleichen wirtschaftlichen Interessen, weil ihr ganzes System darauf hinauskam, zu zeigen, daß ganz allein zur Anwaltschaft des Arbeiterstandes auch logische Erwägungen zu führen imstande seien, ja hinführen müßten. Ihr Leben war dem Nachweis gewidmet, daß die Zukunft der Gesellschaft einer wirtschaftlich gebundenen Gruppe, dem Proletariat angehöre und daß diese ihre Ueberzeugung nicht Utopie sei, sondern Wissenschaft. Und so kam alles zusammen: das fehlende Einfühlungsvermögen dem Gegner gegenüber, der Glaube an die einheitliche Bindung der Gesellschaft,

und die Logik auf der eigenen Seite — und die materialistische Geschichtsauffassung entstand.

Sie ist nicht imstande, als alleinige Führerin zu dienen durch das Labyrinth von Tatsachen, die mit den Erscheinungen des politischen Parteiwesens in Zusammenhang stehen. Sicher ist, daß auch bei logisch und auf dasselbe Ziel eingestelltem Denken Parteiungen statthaben können; faßt man nur die Argumente ins Auge, die die Parteien für sich selbst in Anspruch nehmen, so kommen überhaupt n u r Gedankengänge logischer Art in Betracht, und betrachtet man allein die psychischen Prozesse, die dem Gegner eingedeutet werden, so existieren wiederum sie überhaupt nicht. Alles weitere ist Hypothese. Wie so viele vermeintlich soziologischen Probleme, z. B. das von Heros und Masse in der Geschichte, ist auch die Frage des Zusammenhanges zwischen Wollenden und Gewolltem im Parteikampf in Wirklichkeit eine historische und muß von Fall zu Fall entschieden werden — womit weder behauptet sei, daß diese Entscheidung immer möglich ist, noch auch geleugnet werden soll, daß die Wiederkehr der gleichen Zusammenhänge durch Induktion sich oft ermitteln lassen kann. —

Simmel spricht gelegentlich von dem »wissenschaftlichen Bureaukratismus« mancher Gelehrten, der sich für verpflichtet halte, auf alle Fragen eine Antwort zu wissen. Daß dieser Typus in den Geisteswissenschaften stark zu Hause ist, und besonders auf allen den Gebieten, die mit Politik in irgendwelchem Zusammenhang stehen, gar wenn sie mit »Weltanschauung« operieren, ist bekannt. In diesen Fehler soll hier nicht verfallen werden. Vielmehr gilt es, sich des s k e p t i s c h e n R e s u l t a t s unserer ganzen Untersuchung bewußt zu werden.

Schon als es noch lange nicht so viele p h i l o s o p h i s c h e Systeme gab wie in unseren Tagen, aber doch schon dies eine deutlich geworden war, daß es wohl niemals möglich sein werde, unter den vielen angebotenen Lösungen der letzten Weltprobleme die richtige herauszufinden, entstand, von den Sophisten propagiert, der philosophische Skeptizismus. Die s o z i a l e n Systeme, die von Plato an bis zur Gegenwart auf den Plan getreten sind, schillern nicht weniger bunt in Zielen und Mitteln, sind einander nicht minder entgegengesetzt wie die Gedankengebilde philosophischer Autoren und bekämpfen sich geradeso scharf wie jene. Aber einen s o z i a l e n S k e p t i z i s m u s, analog dem philosophischen hat es nie gegeben. Aus zwei Gründen nicht. Erstens ist der H i s t o r i k e r, der n a c h t r ä g l i c h über Anfang und Ende sozialer Kontroversen schreibt, imstande, oft wenigstens, zu sagen, welche von den kämpfenden Parteien nun wirklich den richtigen Instinkt hatte und welche den verkehrten, und dadurch entsteht der Anschein, als ob von der Seite, der der Verlauf der Dinge s c h l i e ß l i c h Recht gegeben hat, schon von jeher die Tatsachen schärfer beurteilt wurden und werden konnten als von der Gegenseite. Hierzu bietet die Geschichte der philosophischen Systeme keine Parallele.

Und zweitens kann der soziale Skeptizismus tatsächlich nie ein Ende sein. Dann mag das Nachdenken über die Weltprobleme immerhin als Luxus gelten: gewollt werden muß. Und deshalb bleibt die große Frage: Parteiungen können im politischen Leben auch bei allerseits auf das gleiche Ziel eingestelltem Denken eintreten; das läßt sich zeigen und hat seinen Grund, kurz ausgedrückt, in der Unbestimmbarkeit aller Zukunft. Und trotzdem verlangen die Tatsachen immerfort und von jedem einzelnen, daß er sich unter vielen Möglichkeiten für eine entscheide. »Dies sind die Bedingungen des Problems. Hic Rhodus, hic salta!«